

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Verkaufspreis: fünf Pfennig monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, eine Jahrsbestellung 24 Mark. Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle, Berdenstraße 14. Fernruf: 21045 (Abd.); 21047 (Berlag).

Mit der Arbeiterzeitung
Der Rote Stern

Einzelpreis: 15 Pf. für den am Höhe und Geleit; 1 Mt. im Zeitl. Postkonten: Kreiskauf des Sozialistischen Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postkonten: Leipzig 98471 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G.m.b.H., Halle. Druck: Produktiv-Verlag G.m.b.H., Halle, Berdenstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, 16. Mai 1930

10. Jahrgang * Nr. 114

Sowjets herrschten in Scholapur

Die erste Sowjetmacht in Indien — Durch Macdonalds Maschinengewehre im Kampfe gestürzt
Aber dennoch Wegweiser der großen indischen Revolution

(Eig. Drahtm.) Bombay, 14. Mai.

Nach den Meldungen aus Scholapur haben die Aufständischen in der Stadt die anglo-indischen Behörden abgesetzt und eine Sowjetregierung gebildet. Die Organe dieser Regierung wurden in einer Delegiertenversammlung von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Soldaten gewählt.

Die revolutionäre Regierung hat eine eigene Polizeitruppe aus bewaffneten Arbeitern gebildet. Die offizielle Polizei wurde entlassen.

Zunächst wurde die Stadt von den englischen Truppen besetzt. Das Landrecht wird mit rücksichtsloser Härte durchgeführt. Alle Straßentore sind und sind die Gebäude sind von harten Posten mit Maschinengewehren besetzt. Jeder Mensch, der die Straße betritt, wird ohne Warnung niedergeschossen.

Der Aufstand in Scholapur ist das bedeutendste Ereignis

der indischen Revolution. Scholapur ist eine reine Arbeiterstadt. Die Textilarbeiter sind in ihrer großen Mehrheit im revolutionären Textilarbeiterverband organisiert.

Nach einem heldenhaften Kampf haben die Textilarbeiter von Scholapur die Soldatesca Macdonalds in die Flucht geschlagen und die Stadt in ihre Gewalt gebracht. Sie haben zum ersten Male in der Geschichte der indischen Revolution eine Sowjetregierung gebildet.

Die Sowjetregierung von Scholapur nimmt das historische Ziel der indischen Revolution vorweg. Das Beispiel von Scholapur wird den revolutionären Kampf der wertvollen Massen in Indien gewaltig befeuern.

Unsern begeisterten Gruß den Helden von Scholapur!

Die Ergebnisse der Reichsbahnwahlen

Halle, 16. Mai.

Die Betriebsratwahlen bei Reichsbahn und Reichspost, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, bilden den Abschluß der Wahlkampagne zu den Betriebsräten, die mit den Wahlen der chemischen Industrie eröffnet wurden. Um das Ergebnis kurz vorweg zu nehmen: wenn wir bei den Chemiewahlen trotz erster Mißerfolge (wie vor allem im Leuna-Werke) immerhin imstande waren, durch Vertiefung der Kampffront auf breiterer Basis einen politischen Fortschritt zu machen, wenn wir bei den Wahlen im Bergbau immerhin an einzelnen Punkten bahnbrechende Erfolge erzielen konnten, die die großen Möglichkeiten, die in anderen Betrieben verjümt wurden, beleuchteten, so müssen wir das Ergebnis der Reichsbahnwahlen in unserem Bezirk im Gegensatz zu den guten Ergebnissen im Reich

als ein durchaus unbefriedigendes bezeichnen.

Wir haben nur in dem einen Reichsbahn ausbesserungswerk Halle eine richtige rote Liste aufstellen können und mit ihr einen immerhin beträchtlichen Erfolg erzielt. Wir haben auch an zahlreichen anderen Dienststellen für den Bezirks- und Hauptbetriebsrat Stimmresultate erhalten, die beweisen, daß

die Sympathien großer Massen der Eisenbahner mit uns sind.

Aber wir haben an all diesen Punkten — darunter solche, wo wir bei den Hauptbetriebsratswahlen die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen für uns verzeichnen konnten (!), keine örtliche Liste gehabt, die Linie des konsequenten Klassenkampfes wurde vor diesen Protesten

in keiner konkreteren Form aufgezeigt.

Am traurigsten ist der Fall der Bahnmeisterei 5, wo wir bei der Hauptbetriebsratswahl (wie an zahlreichen anderen Dienststellen) die absolute Mehrheit erzielt, wo die freigemeinschaftlichen Betriebsräte Mitglieder der kommunistischen Partei sind, — wo aber im wesentlichen an ihrem Widerstande

Landtag verhandelt über Mansfeld-Raub

Antrag der KPD-Fraktion für Siebenfundentag — Deutschnationale und Gelbe für 15 Prozent Lohnreduzierung und 7,5 Millionen Staatssubventionen

Im Reichstagen Landtag würde vorgelesen der folgende Antrag eingeleitet:

Krantrag

Schwenl, Schläpka und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion

Im Hinblick auf die kapitalistischen Rationalisierungsmassnahmen im Mansfelder Kupferhütten-Bergbau und Hüttenbetrieben, hat sich die soziale Lage und der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung des Mansfelder Landes gemäßigt verschlechtert.

Die Hauptursachen der immer weiteren Verschlechterung sind lange Arbeitszeit, niedrige Löhne sowie die große Arbeitslosigkeit infolge der Stilllegung von Schächten und Hüttenbetrieben. Viel Arbeitslose sind ausgehungert und stellen den Gemeinden zur Last, die unter den schlechtesten finanziellen Verhältnissen zusammenbrechen müssen. Trotz Zuwendungen staatlicher Subventionen auf Kosten der Steuerzahler an die Mansfeld A.G. sind in den letzten Wochen rund 1000 Bergarbeiter entlassen worden. Weitere Entlassungen stehen bevor.

Bei den Berg- und Hüttenbetreibern ist Anfang Mai eine 12prozentige Lohnreduzierung durchgeführt worden und den auswärts wohnenden Arbeitern die Reisereisekosten von und zur Arbeitsstelle in Höhe von einer Reichsmark auferlegt.

Alle diese Maßnahmen durch die Mansfeld A.G. bedeuten einen unerhörten Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und deren Familien.

Um diesbezügliche weitere Maßnahmen und der unersetzten Ausbeutung zu schenken, wollen der Landtag beschließen:

Das Staatsministerium wird beauftragt, unverzüglich bei der Reichsregierung dahin zu wirken, um

1. die Entlassungen und Lohnreduzierungen zu verhindern;
2. zu veranlassen, daß über Tage die Siebenfundentag und unter Tage die Sechsfundentag eingeführt wird.

Die kommunistische Landtagsfraktion ist sich durchaus darüber klar, daß

der Angriff der Mansfeld A.G. nur durch die Mansfeld-Proleten abgewehrt werden kann.

Es hat deshalb in ihrem Antrag nicht, wie die Sozialdemokratie es tat, an die bürgerliche Regierung appelliert, die Mansfeld A.G. „ohne wesentliche Lohnreduzierungen“ zu retten, sondern hat die Forderungen formuliert, um die die Mansfeld-Proleten kämpfen müssen.

Die geführte „Saale-Zeitung“ bringt eine Notiz, wonach im Landtag „Arbeitern und Angestelltenvertreter des Betriebsrats der Mansfeld A.G.“ erschienen und sich „vor einem für diesen Fall zusammenberufenen Ausschuß“ dafür ausgesprochen haben, daß

„der am 22. Mai zu fallende Schiedsspruch der beantragten Lohnreduzierung von 15 Prozent zustimmt“

Außerdem haben sie noch — da die Ausbeuter auf diesem Wege „nur“ 4,5 Millionen jährlich einzusparen könnten, sich für Staatssubventionen in der Höhe von 7,5 Millionen Mark ausgesprochen und dafür auch die bürgerliche Landtagsfraktion „gewonnen“, die einen dahingehenden Antrag bereits eingebracht hat. Offensichtlich handelt es sich um die Gelben, die hier ihre Aufgabe als ausgebeutete Unternehmerklienten pflichtgemäß ausführen.

Die Mansfeld-Proleten werden mit diesem korrupten Vertäglichkeit rücksichtslos abrechnen und den Ausbeutern und ihren Knechten zum Trotz den Kampf organisieren gegen jede Entlassung, gegen jede Lohnreduzierung; für den Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich!

Am Dienstag, dem 20. Mai, 16 Uhr, steht im Landtagsauschuss an Hand des beschlossenen Antrages die Stilllegung der Mansfeld A.G. zur Verhandlung. Es wird von jeder Anlage je ein Betriebsratsmitglied zu den Landtagsverhandlungen offiziell geladen werden. Es ist Pflicht aller Massenbewussten Arbeiter, den Kampf dafür aufzunehmen, daß die oppositionellen Betriebsräte nach Berlin entsandt werden, um dort die wahre Meinung der Belegschaft zum Ausdruck zu bringen.

Solidarisch mit Magdeburg & Werther

Belegschaftsversammlung der Firma Wegelin & Hübner gegen sozialfaschistische Streikbruchpolitik und Sowjethege der Bergholz und Konjorten — Beschließt Solidaritätsaktion mit Magdeburg & Werther

M.A. Eine Belegschaftsversammlung der Firma Wegelin & Hübner, Halle, die am Mittwoch in „Mebers Hotel“ stattfand, nahm zu dem Treiben der Sozialfaschisten, ihrer Ausschlußkampagne, ihrer Sowjethege und ihrer Streikbruchpolitik Stellung. Die roten Betriebsräte, die trotz der Treiberei der mit den Sozialdemokraten verbündeten Negaten von der Belegschaft gewählt wurden, sind aus dem D.M.P. ausgeschlossen worden. Dazu nahmen die verammelten Kollegen auf Grund eines Rekrates des Genossen Wilhelm Koenen die nachfolgende Entschließung einstimmig an:

„Die am 14. Mai tagende Belegschaftsversammlung der Firma Wegelin & Hübner nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem Ausschluß ihrer zwei oppositionellen Betriebsräte aus dem D.M.P. Sie erklärt im Vorgehen der Negaten Dreißiger, König, Köppler den Versuch, jegliche oppositionelle Bewegung innerhalb der Belegschaft zu erstickern. Die Kollegen erklären, daß sie nach wie vor hinter den von ihnen gewählten Kollegen stehen und diesen ihren ihr vollstes Vertrauen aus. Sie geloben, einen rücksichtslosen Kampf für ihre Wiederaufnahme und gegen den reformistischen Hauptvorwand, die Bezirksleitung und die Ortsverwaltung zu führen.“

Der Belegschaftsversammlung wurde außerdem das neueste Heft des „Klassenkampf“ und „Der Rote Stern“ besprochen, unterbreitet. In diesem Sammelheft von Lügen wird auch die von Lügen-Peters über die Auswertungen der russischen Wärfte auf die Löhne der Arbeiter von Wegelin & Hübner verbreitete Schwimbelmeldung widerlegt. Die Belegschaftsversammlung nahm mit Entrüstung zu diesem Verleumdungselbstzeugnis, der immer noch fortgesetzt wird, Stellung und stimmte einstimmig einer weiteren Revolution zu, die folgenden Wortlaut hatte:

„Die Versammlung brandmarkt auf das Schärfste den neuen Versuch der SPD, in einem Flugblatt im Zeiger Revier, einen Affordabzug bei Wegelin & Hübner zur Hege gegen die Sowjetunion zu mißbrauchen. Die SPD-Blattlinie hat den Streit gegen die Affordabzug verhindert. Sie trägt die Mitschuld an der Beschleierung der Arbeitsbedingungen bei Wegelin & Hübner, sie will diese ihre Schuld jetzt durch eine schändliche Hege gegen die Sowjetunion wettmachen.“

Im Anschluß an die Erörterung der Arbeitszeit und Affordabzugserklärung in einzelnen Abteilungen wurde auch der Streik der Eisenbahner bei Magdeburg & Werther zur Sprache gebracht, und zur härteren Solidarität mit den streikenden Kollegen aufgefordert. Insbesondere soll sofort kontrolliert werden, ob nicht neue Gekaufträge, die jetzt eventuell einzelnen Firmen zugehen, in Wirklichkeit Streitarbeit von Magdeburg & Werther sind.

Die Belegschaftsversammlung betonte, daß die Solidaritätserklärung und Sammelaktion der Belegschaft der Wegelin & Hübner für die streikenden Eisenbahner von Magdeburg & Werther als glänzendes Beispiel proletarischer Hilfe begrüßen. Sie schloß sich dieser Solidaritätsbeziehung an und beauftragte die roten Betriebsräte, sofort durch den Gesamtbetriebsrat eine offizielle Belegschaftsversammlung für Wegelin & Hübner zu veranlassen, um für den Streit bei Magdeburg & Werther, zu der Beschleierung von Streikarbeit, zur Sammlung für den Streikfonds und zur härtesten Solidarität Stellung zu nehmen.

Die Streikbruchpolitik der sozialfaschistischen Bürokratie, die auch diesen Kampf verfaulen und abbrechen will, muß von den Belegschaften der Großbetriebe mit energischen Maßnahmen durchkreuzt werden. Auch dieser Beschluß wurde von der Belegschaftsversammlung einstimmig gefaßt. Der rote Betriebsrat übernahm es, im Sinne dieses Beschlusses sofort vorzugehen.

die Aufstellung einer roten Liste scheiterte. Solche Fälle, die nicht vereinzelt dastehen, sind

ernste Warnungssignale für die Gesamtpartei und für das ganze revolutionäre Proletariat.

Woran lag der für uns ungünstige Verlauf der Eisenbahnerwahlen?

Am den Eisenbahnen nicht.

Das beweisen vor allem die Ergebnisse im Reich, die im ganzen bedeutende Fortschritte und gute Erfolge der revolutionären Opposition darstellten. Das beweisen trotz allem auch die Abstimmungsergebnisse in vielen Dienststellen unseres Bezirks. Die Eisenbahner sind durch die kapitalistische Rationalisierung zu einer der am meisten bedrückten, aber auch unzufriedensten Arbeitergruppen geworden. Wenn durch das teilweise Beamtenverhältnis und durch die besonderen Formen des Unternehmertums, durch die besonders enge Verbindung des Reformismus mit dem Unternehmern gewisse objektive Schwierigkeiten vorhanden sind, so kann doch niemand behaupten, daß diese Schwierigkeiten größer sind als etwa im Leinwand- oder in den Brauereibetrieben und Kraftwerken. Und erinnernde kommt im Fall der Eisenbahner noch dazu, daß eine große Zahl von Parteimitgliedern in verschiedenen Dienststellen haben, daß diese Parteimitglieder zu einem großen Teil bekannte Funktionäre im Betrieb sind und daß die Aufstellung roter Listen in den meisten Fällen an ihrem Widerstand scheiterte. Wir sprechen das hier in aller Offenheit aus, ohne uns daran zu kehren, daß die SPD. diese wie andere selbstkritische Feststellungen für ihre demagogischen Zwecke ausnützen wird. Wir sind überzeugt, das Vertrauen der entscheidenden Arbeitermassen am festesten und sichersten zu gewinnen, indem wir mit aller Offenheit aussprechen, was ist, und so stellen wir fest, daß wir

bei den Eisenbahnerwahlen noch auf anderen Punkten die sozialdemokratischen Schlägen in der eigenen Partei noch nicht überwinden haben.

Wir denken aber nicht daran, diese Frage nur als eine Frage unserer Parteimitglieder in den Reichsbahnbetrieben zu stellen. Wir haben in verschiedenen Reichsbahnbetrieben reformistische Listen gegen uns gehabt, die aus Brandlerianern und verästelten Opportunisten, Knegeaten unserer Partei, besessenen Arbeiter mit daselbstem Verhältnis nicht auch in Sprengstoff und Stützholz, Film-Wolven sowie in verschiedenen Bergbaubetrieben? Zweifellos ist der Kampf gegen „linke“ Sozialdemokraten und weiter sind die Brandlerianer nicht, die sich äußerlich als Kommunisten drapieren. Ich weiß aber als gegen andere Beispiele zeigen, in verschiedenen Betrieben auch unter diesen schwierigen Kampfbedingungen gute Erfolge erzielen können. Wenn es bei der Reichsbahn nicht gelang, rote Listen in einem einigermaßen beträchtlichen Umfange aufzustellen, so liegt es im wesentlichen an der ungenügenden Behandlung der Eisenbahnerfrage durch die Partei.

Die Gesamtpartei in unserem Bezirk, ihre unteren Organisationen und auch die einzelnen Genossen auf der Reichsbahn haben ihre Kräfte eigentlich erst in jenem Stadium des Wahlkampfes auf diese Aufgaben konzentriert, als die Aufstellung der Listen schon abgeschlossen (d. h. in der letzten und letzten) war und als es galt, eine möglichst günstige Abstimmungsabstimmung zu erreichen, was ja dann auch einigermaßen gelungen ist. Aber wir haben es veräumt, die Eisenbahnerfrage rechtzeitig in ihrer vollen Größe zu stellen, d. h. mit der ganzen Kraft der Partei einen zähen, unerbittlichen Kampf um die Schaffung wirklich sozialdemokratischer Stützpunkte der Partei in der Reichsbahn unter Mobilisierung der besten Arbeitermassen und Verbreitung der opportunistischen Elemente zu führen.

Wie haben gegenwärtig keine einzige wirkliche Betriebszelle auf der Reichsbahn.

nachdem einzelne Organisationen, die sich als Zellen der kommunistischen Partei bezeichnen, ihre brandleritische Gesicht enthielten. Die Genossen, die nach Kräfte — wenn auch unter manchen Fehlern — ihre kommunistische Pflicht zu erfüllen suchten, sind nicht allein verantwortlich für den untraglichen Zustand, der die Gesamtpartei befaßt und der in kommenden ersten Situationen

die schwersten Gefahren für die Revolution mit sich bringen kann.

Die Masse unserer Parteigenossen hat offensichtlich noch nicht verstanden, welche entscheidende Bedeutung die Reichsbahnbetriebe in den Situationen des Krieges und der Revolution besitzen. Jeder Genosse muß darüber nachdenken und aus seiner Einsicht auch die praktischen Konsequenzen ziehen. Die sollen sich jene, die vor den Schwierigkeiten der Aufstellung einer Liste zurückweichen, der ungleich schwierigeren und verantwortungsvolleren Situation verhalten, in die sie unter den Bedingungen einer Militarisierung der Eisenbahn gestellt werden? Ist es nicht klar, daß ein weiteres Dulden dieser Zustände darauf hinauslaufen müßte.

lebenden Auges eine Katastrophe für die Revolution heraufzubeschwören?

Der Verlauf der Reichsbahnwahlkampagne muß deshalb für alle unsere Parteioptionen ein Anlaß zur stärksten Selbstkritik sein. Die Wahlkampagne war ein Prüfstein für unsere Parteioptionen in den größeren Orten — die Prüfung ist jedoch ausgefallen, sie hat ergeben, daß diese Organisationen noch weitgehend im alten sozialdemokratischen Ortsgruppenverständnis behindert sind und daß sie es nicht verstehen, die Kräfte der Partei auf die entscheidenden Aufgaben, auf die Eroberung der entscheidenden Mehrheit der Betriebsarbeiter und insbesondere der Arbeiter in den kriegswichtigen Industrien zu konzentrieren.

Insondere muß an Hand der Ergebnisse der Reichsbahnwahlen ein weitgehendes Verlangen der hiesigen Stadtorganisation festgestellt werden.

Die Reichskontrolle, deren Hauptergebnisse immerhin schon eine ziemlich reiche Zahl von den besten nicht erfassten Parteigenossen in den Eisenbahnbetrieben ergeben. Was ist gesehen, um unter Zuhilfenahme dieser Genossen neues, frischer Arbeitselemente wirkliche Betriebszellen auf der Reichsbahn zu schaffen und so die wichtigste Aufgabe der hiesigen Stadtorganisation zu erfüllen? Auch in bezug auf das Delikate Ergebnis müssen wir feststellen, daß es auch unter Berücksichtigung der nach dem Verrat der Baumgärtel-Gruppe gemalt gestiegenen Schwierigkeiten nicht so aussehend mußte, wie es der Fall war. Erstens war die Erfüllung der großen Mehrheit der Deliktischen Eisenbahner durch die Funktionäre, die teilweise zum Brandlerismus gingen, was die Konsequenz davon,

Herr Bergholz schweigt

und will Sonntag im Saalkreis den Zeitzer Faschikenaufruf „bekämpfen“ Schließt die rote Einheitsfront gegen den Naziterror!

Bis heute hat der „Volksbote“ die Sprache verloren — kein Wort hat er für den faschistischen Aufruf, der in der Zeitzer Hochburg der „linken“ SPD. für Sonntag vorbereitet wird — kein Wort der Entgegnung fand in der letzten Woche gegen die Demagogie der „linken“ Sozialfaschisten um Bergholz gerichtet haben. (Denn die paar dummen Witze im gelblichen „Volksblatt“ sind keine Entgegnung.) Herr Bergholz will wissen, warum er nicht politisch antwortet. Er hat alle Lügen, die er zusammenlauben konnte, in seinem berüchtigten Flugblatt (soweit dessen Verteilung nicht an dem Widerstand der empörten SPD-Arbeiter scheiterte) an den Mann gebracht, — aber er hütet sich wohl, politisch zu diskutieren. Wie soll auch Bergholz vor den Proleten, die er irreführt hat, die Tadelnde verteidigen, daß er und seine ganze „linke“ SPD. die Sowjetmacht zu zerstören sucht, für das NSDAP-Verbot eintritt und die Zeitzer Arbeiter mit gebundenen Händen dem Naziterror ausliefern will?

Herr Bergholz, bei dem die Vorfrage ist im allgemeinen der Tapersteil besserer Teil ist, hat sich persönlich für Sonntag einen besonderen „Kampfpöbel“ gegen den Faschismus ausgedacht:

Das hiesige „Volksblatt“ kündigt an, daß der Mann, der sich für den Führer des Zeitzer Proletariats hält, am

Kampfaufmarsch der hiesigen Arbeiter-Portier

(Eig. Meldg.) Halle, 16. Mai.
Gestern Abend fand in Halle ein maßvoller Aufruf der hiesigen Arbeiter-Portier und der mit ihnen sympathisierenden hiesigen Arbeiter gegen die Entlassung von Zarenhaken und gegen den sozialfaschistischen Terror statt.
Die Arbeiterportier rücken zu vielen Hunderten von zahlreichen Stellplätzen aus an, indem sie sich auf dem Hallmarkt schon ab 7 Uhr eine große Menschenmenge zu einem Platzkonzert eingefunden hatte. Dort fand nach dem Eintreffen der Demonstrationszüge alsbald eine impetive Kundgebung statt, die den Parteipöbel gegen und gegen Sozialfaschismus rief. Die Arbeiterportier gelobten, den sozialfaschistischen Terror mit der breiten Massenmobilisierung für das rote Sportierfest in der Zeitz zu treffen. Besondere Beifall löste der Kampf eines Zeitzers des NSDAP-Verbot zu verhindern. NSDAP aus, durch dessen Auftreten die Kundgebung gleich zu einer Sympathienabgabe für den Roten Frontkämpfer-Bund gestaltet wurde.

Streik Berliner Tabakarbeiterinnen

Opportunisten als Unternehmernächste
(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. Mai.
Gestern vormittag legten 150 Frauen der Zigarettenfabrik Abdulla die Arbeit nieder.

Seit einigen Tagen verhandelt der Betriebsrat über eine Lohnerhöhung um 2 Mark pro Woche. Die Direktion hatte zugesagt, den Lohn um 1 Mark zu erhöhen. Dieses Anerbieten wurde abgelehnt und der Betriebsrat mit den weiteren Verhandlungen beauftragt. Der Betriebsrat verlangte eine Erhöhung der Betriebskassen und die Befreiung der Arbeiterinnen von der Zahlung der Steuern. Anstatt die Arbeiterinnen zu unterstützen, forderte er sie auf, wieder an die Arbeit zu gehen. Heute nachmittag findet eine Betriebsversammlung statt.

Streik gegen Entlassungen

Im Kupferwerk Lützen im Rheinland wurden 95 Bindungen ausgesprochen und eine Anzahl Arbeiter entlassen. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition nahm eine Delegationsvermittlung sofort dazu Stellung. Sie beschloß, den Streik anzuschließen, um die Vertiefung der Arbeitszeit, Reduzierung der Gehälter der Direktoren, Abzug der oberen Angestellten und Weiterbeschäftigung der Gefährdeten.

Ein Teil der Belegschaft trat dann sofort in den Streik. Die Reformisten entwickelten eine kurze Gegenpropaganda. Trotzdem stimmten 100 Kollegen für den Streik und nur 40 dagegen.

Berliner Stadtväter prügeln sich

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. Mai.
Am Ende der gestrigen Stadterordnetenversammlung kam es während der Rede des sozialdemokratischen Stadterordneten Riese zu einer wüsten Prügelei zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten. Als die deutschnationalen Stadterordneten Zwischenrufe machten, schürte das sozialdemokratische Kommando unter Führung des Reichsbannerstadterordneten Gärz den Kampf an. Im Streit entspann sich zwischen den alkoholisch-geschwängerten Stadterordneten eine wilde Keilerei, bei der die Kommunisten als lauterer Dritter den „geschützten“ Parlamentariern aufhauerten.

daß der Kampf gegen den Opportunismus nicht rechtzeitig und nicht mit der notwendigen Schärfe aufgenommen wurde.

Zweitens mußte es selbst nach der verpöbelten Ausschreibung der offenen Opportunisten möglich sein, einen wesentlich größeren Kern um die revolutionäre Opposition zu sammeln, wenn die durch die lange Duldung der Verhöferten begangenen Fehler mit aller Kraft torrigiert und wenn sofort

vor der Gesamtarbeitsfront der Reichsbahnerfront der offene Kampf gegen die Renegaten aufgenommen werden müßte.

Man ist statt dessen vor den Schwierigkeiten zurückgewichen, hat sich mit dem Verlust der Reichsbahnopposition wie mit einer uner-

SPD. gegen Siebenhundertacht

(Eig. Drahtm.) Berlin, 16. Mai.
Im Hauptausgang des Reichsbahnerkongresses wurden gestern die kommunistischen Arbeiter auf Einberufung der Siebenhundertacht im Bergbau unter Tage und auf Bahnbetriebsführung der hiesigen Eisenbahnen bei der Reichsbahn-SPD. noch kurze Ansprache mit den Elementen der Sozialdemokraten abgehalten.

Tage des Zeitzer Nazi-Aufmarsches in Rauenborf und Ziegenbo — 100 Kilometer weit vom Schuß — Versammlungen abhält, und zwar über das Thema: „Für die proletarische Einheit — gegen Bürgerblut und Faschismus.“

Herr Bergholz flieht also — nicht so sehr vor den Nazis (die ihn am Sonntag auch in Zeitz kaum ein Leid antun würden) als vor den von ihm bisher irreführten Arbeitern, die ihn am Sonntag fragen werden, warum man sie dem faschistischen Terror mit gebundenen Händen ausliefert, warum man die Nazi-Propagandisten duldet und der Polizei des bürgerlichen Staates vertrauen soll.

Das Schweigen und die Stille des Herrn Bergholz angeht das Nazi-Aufmarsches ist nur der Ausdruck des politischen Bankrotts der „linken“ Zeitzer SPD, die den Arbeitern in dieser wichtigen Stunde keinen Rat zu geben will.

Bergholz mag in der erwähnten Katz seine großsprecherischen Witze darüber, daß die faschistische Gefahr ernst nehmen. Seine blöde Kraftmeierei hat keinen anderen Sinn, als die Arbeiter über die Größe der Gefahr hinwegzuführen und so vom Kampfe abzurufen. Und wenn er geheimnisvoll andeutet, was er alles in Zukunft tun wird (wir wissen nicht, ob in Zeitz, in Rauenborf oder Ziegenbo), so haben wir darauf nur zu erwidern, daß

der faschistische Terror nur durch Massenmobilisierung der Arbeiter abgewehrt werden kann

und daß, wer auf diese Massenmobilisierung (unter noch so großsprecherischen Phrasen) verzichtet, die Arbeiter dem Faschismus mit gebundenen Händen ausliefert.

Die Zeitzer Arbeiter sind veräuft und verraten, wenn sie sich von dieser bankrotten Demagogiebande an der Nase herumführen lassen — sie müssen kämpfen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen dem Herrn Bergholz und seiner Kampagne zum Trotz die feste Einheitsfront mit ihren kommunistischen Klassen Genossen schließen.

Demonstriert am Sonntag gegen den faschistischen Terror!
Schafft Kampfkomitees gegen die faschistische Reaktion!

Daß diese Prügelei schließlich auf den harten Alkoholgenuss zurückzuführen sei, ist daraus zu erhellen, daß nach Schluß der Stadterordnetenversammlung Mitglieder beider Fraktionen friedlich vereint in den „Ratskeller“ wollten. Nach der Prügelei tritt man sich darum, wer zuerst angerufen hätte. Als die Polizei erschien, herrschte wieder volle Einigkeit. Außer dieser Keilerei wurde keine politische Arbeit geleistet.

Die Schlichter im Metallkonflikt angreifen

(Eig. Drahtm.) Magdeburg, 16. Mai.
Der am 15. Mai vom Schlichtungsausschuß gefällte Schlichterspruch über die Arbeitszeit in der mitteldeutschen Metallindustrie Magdeburg-Anhalt-Gebiet ist von Seiten der Arbeitnehmer abgelehnt, von Arbeitgeberseite dagegen angenommen worden. Die Arbeitgeber haben daraufhin den mitteldeutschen Schlichter angreifen.

Massenentlassungen in der Metallindustrie

Die Eisenhüttenwerke Thale im Harz, die bisher über 4200 Mann beschäftigte, haben bei der Magdeburger Regierung einen Antrag auf Entlassung von etwa 1000 Arbeitern und Angestellten gestellt.

Auf der Verlags-Hütte in Rauhors-Melchitz kommen am 17. Mai 2300 Arbeiter zur Entlassung. Die Restlösung soll aber erst am 22. Mai erfolgen.

Die Aufsichtsräte der Bode-WG. und der Sächsemerie-WG. haben über den Zusammenbruch beider Gesellschaften verhandelt. Das härteste Schlichterurteil ist die Bode-WG. auf. Im Winter 1934 haben die WG. und die General-Electric. Durch die Zusammenfassung sollen „erhebliche Anstöße im Betrieb erwartet“ werden. Das Ende wird die vollständige Stilllegung des Bode-Betriebes in Chemnitz sein.

In der Bohrrohr-Dreherei bei Rheinfahl in Hildern wurden 48 Mann entlassen. Die Direktion beschloß, die ganze Abteilung stillzulegen.

K nachdem die Gruppe-WG. erst kürzlich die Grube Gildesbrunnen stillgelegt, hat sie jetzt Antrag auf Stilllegung der Erzgruben Wilsberg und Friedrich-Wilhelm. Die Vereinigten Stahlwerke stellen Stilllegungsanträge für eine ganze Anzahl Gildes-, Wils- und Zink-Erzgruben, durch die 700 Arbeiter entlassen werden sollen.

Die Firma Rosenberger in Reichenbach (Schl.) hat weitere 49 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen.

Die Glanzleuchte Hartenberg in Reipies (Mhd.) hat Stilllegungsantrag gestellt. 100 Arbeiter werden davon betroffen.

meidlichen Tatsache abgefunden, statt sofort den Kampf aufzunehmen und damit für die Eroberung der Reichsbahnerfront in den kommenden Kämpfen die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen. Wir haben die diese Beispiele gebracht, weil sie allgemeine Bedeutung besitzen. Sie lassen sich noch vermehren.

Es kommt darauf an, auszusprechen, was ist. — Es kommt aber auch darauf an, aus der gewonnenen Einsicht die Konsequenzen zu ziehen. Der Verlauf der Reichsbahnwahlen wird für die Entwicklung des revolutionären Kampfes in unserem Bezirk einen Vorteil bedeuten, wenn wir aus ihm lernen, wenn wir

mit aller Kraft und Entschiedenheit die Wendung der Partei auf ihre entscheidende Aufgabe, die Eroberung der auslagelagerten Mehrheit der Betriebsarbeiter, durchzuführen, wenn wir unsere Organisationen rücksichtslos in diesem Sinne ausstellen, wenn wir durch hares Aufwerfen aller Fragen des Klassenkampfes, durch einen konsequenten Kampf gegen kapitalistische Rationalisierung die Massen der Eisenbahner um uns sammeln und ihre Kampfe Ziele bewahrt veranlassen.

Macdonalds Schredensherrschaft

Täglicher Bombenangriff auf indische Dörfer in der Nordwestprovinz Englisches Flugzeug von Aufständischen abgeschossen — Bauern im Steuerstreit

Bombay, 15. Mai. Das Standrecht in Sch D'labur wird mit brutaler Schärfe durchgeführt. Die Arbeitererschaft verharret geschlossen im politischen Proteststreik. Keiner denkt daran, der Aufforderung nach Wiederaufnahme der Arbeit nachzukommen.

Auf den Straßen herrscht der blutigste Terror der britischen Truppen. An jeder Kreuzung stehen Posten mit Maschinengewehren. Von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens darf sich niemand auf den Straßen sehen lassen. Hunderte von Verhaftungen sind bereits vorgenommen worden.

In Kalkutta, wo seit Wochen eine gespannte Lage herrscht, kam es gestern wieder zu mächtigen Demonstrationen der Arbeitererschaft. Es gab heftige Zusammenstöße mit der Polizei, wobei viele Personen verletzt wurden.

In Bombay wurde das Mitteilungsblatt des Kongresses verboten. Die Stadterwaltung von Kalkutta nahm eine Entschädigung an, in der sie Ganbhi zu seiner Entlassung „begünstigt“.

Der Rat des Nationalliberalen Verbandes in Bombay veröffentlichte eine Erklärung, in der er sein „Bedenken“ über die revolutionäre Bewegung und insbesondere über die Verweigerung der Steuerzahlungen auspricht.

Die Konferenz der Führer der allindischen Parteien, die am Mittwoch zusammenzutreten sollte, mußte wegen zu geringer Beteiligung (1) beragt werden.

Bombenflugzeug abgeschossen

Bombay, 15. Mai. In der Nordwestprovinz bauer das Bombenflugzeug auf englischer Kamufflage auf indische Dörfer und auf die Ansammlungen der Grenztruppen an. Im Heberberg haben die Aufständischen ein Bombenflugzeug abgeschossen. Beide Insassen wurden getötet. Der Widerstand gegen die englischen „Strafexpeditionen“, die in indischen Dörfern jagen und mordeten, nimmt zu.

Alle Nachrichten aus der Nordwestprovinz werden von den englischen Behörden aufs schärfste zensuriert, so daß es unmöglich ist, über den Umfang der Aufständischenbewegung ein klares Bild zu bekommen.

Indische Bauern verweigern Steuerzahlung

Bombay, 15. Mai. Die Bauernbewegung nimmt immer größeren Umfang an. Im Bezirk Kabad haben die indischen Bauern beschlossen, keine Grundsteuer zu bezahlen und den härtesten Kampf gegen die Behörden und die Steuererheber zu führen. Die englischen Gerichte werden boykottiert.

Aus Jalapur kommt die Meldung, daß die Bauern von Wardoli ebenfalls verstärkte Kampfmaßnahmen beschlossen haben, die Zahlung sämtlicher Steuern zu verweigern und die Vertreter der Gerichte mißhandeln. Steuererheber und andere Regierungsbeamte wurden verhaftet.

Proteststreiks der Pariser Postbeamten

Paris, 15. Mai. Heute wurde in Paris ein Generalstreik der Angestellten und Arbeiter der Post, Telegraphen- und Telephonämter durchgeführt. Von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr ruhte der gesamte Betrieb.

Die Belegschaften der französischen Post, Telegraphen- und Telephonämter befinden sich bereits seit einiger Zeit in harter Erregung, weil die Regierung ihre Forderungen auf Erhöhung der absolut unzureichenden Gehälter immer wieder verschleppt. Die Postbeamten von Paris, Lyon, Marseille haben in den letzten Tagen wiederholt Kundgebungen in den Dienstgebäuden veranstaltet. Die Telephonbeamten von Paris hatten gestern schon einen einständigen Proteststreik durchgeführt. Gestern begab sich eine Abordnung von Postbeamten zum Ministerpräsidenten Tardieu. Dieser lehnte jede Erhöhung der Gehälter ab. Für den Fall eines Streits werde die Regierung die härtesten Maßnahmen ergreifen. Der heutige Generalstreik der Pariser Postbeamten ist die Antwort auf die Haltung der französischen Regierung.

Meuterei auf brasilianischem Kriegsschiff

London, 15. Mai. Nach Meldungen der „Times“ aus Rio de Janeiro befindet sich die Besatzung des brasilianischen Kriegsschiffes „Mina's Geracao“ seit längerer Zeit in Rebellion gegen die schändlichen Lebensbedingungen und die schändliche Behandlung seitens der Vorgesetzten. Namentlich verweigerte ein großer Teil der Besatzung ihren Vorgesetzten den Gehorsam.

In Rio de Janeiro sind gestern 23 Soldaten von den Militärbehörden verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert worden, weil sie in aller Öffentlichkeit kommunistisches Agitationsmaterial gelesen und verbreitet haben. Die leitenden Offiziere des Schiffschiffes führen eine Kesselregulation, die sich Anfang April ereignete, ebenfalls auf die Gärung innerhalb der Schiffbesatzung zurück.

13 Pariser Kommunistenführer hantelassen

Paris, 14. Mai. Die Regierung hat die 13 in der Satie gefangen gehaltenen Genossen, die des „Komplotts“ im Zusammenhang mit dem 1. August beschuldigt waren, nach kühnster Untergrundarbeit nunmehr proklamiert in Freiheit gesetzt. Die Freilassung gibt auch zahlreichen anderen Genossen die Möglichkeit, ihre revolutionäre Tätigkeit legal wieder aufzunehmen.

Die Haftentlassung der angelegten Revolutionäre ist ein Erfolg der proletarischen Aktivität, die in der letzten Zeit immer häufiger gegen die Verfolgungen einsteht. In Hunderten und aber Hunderten Versammlungen, auf zahllosen Demonstrationen, bei Streiks usw. haben die Arbeiter unaufhörlich gegen das „Komplotts“ und für die Freilassung der Verhafteten gekämpft. Die „Humanität“ verleiht die Meldung mit dem Appell an die französische Arbeitererschaft, nicht nachzulassen in ihrer Anwesenheitsforderung, bis auch André Marty, der Held der Schwarzmeer-Flotte und alle anderen proletarischen Gefangenen freigelassen werden müssen.

Kommunistischer Wahlerfolg in Poinisch-Oberdiesleien

Bei den Wahlen zum Oberdiesleischen Sejm, die am 11. Mai stattgefunden haben, erzielten die Kommunisten trotz währenden Terrors einen bedeutenden Erfolg, indem sie insgesamt 27 457 Stimmen erhielten, und in den größten Industriestädten ein solches Übergewicht über die Sozialfaschisten zu verzeichnen haben.

Um die Zahl der kommunistischen Stimmen richtig einzuschätzen, muß in Betracht gezogen werden, daß die kommunistische Partei Polens illegal ist und daß sogar der von den revolutionären Arbeitern und Bauern geführten Wahlorganisation „Einheitsblock der Arbeiter und Bauern“ jegliche legale Wahlpartizipation unmöglich gemacht wurde. Die Kandidatenlisten wurden zwar zugelassen, sämtliche Wahlpropagandakartons aber beschlagnahmt, Wahlversammlungen durch die Polizei aus einandergetrieben und fast alle Mitglieder der Wahlkomitees, sowie die Spitzenkandidaten eingekerkert. Am Abend der Wahlen wurde von der Polizei und der Verfassung der Stimmzettel, alles in Bewegung gesetzt, um die Verfassung der Stimmzettel, die in Polen von jeder Partei auf eigene Rechnung hergestellt und den Wählern zugestellt werden müssen, zu verhindern. Unter diesen Umständen ist es der Initiative, der Aktivität und Opferbereitschaft sämtlicher Genossen in den Betrieben und auf dem Lande zu verdanken, daß die revolutionären Wahlkämpfe den breiten Masse zugänglich gemacht wurden.

Die unmittelbaren Ergebnisse dieser erst schicksalhaften Wahlmethoden müßten eigentlich die polnischen und deutschen Sozialfaschisten sein, die über eine ausgebaute Tagespresse, über einen großangelegten Partei-, Gewerkschafts- und Betriebsratensapparat verfügen. Das Wahlergebnis zeigt aber, daß die Erfolge der Sozialfaschisten sich nur auf das Gebiet des sogenannten Teilschweres (ehemaliges österreichisches Gebiet), eine alte PPS-Burg, beschränken. Im oberdiesleischen Kohlenrevier haben die Kommunisten fünf Abgeordnete, die Sozialfaschisten 309, die PPS 1363, in Swietochowicz die Kommunisten 3074, die PPS 477, die Deutsche SD 783, in Lagiewnik (Hohenstein) die Kommunisten 974, die PPS 416, DSD 252, in Siemianowicz die Kommunisten 1050, die PPS 235, DSD 48 usw. Der Einheitsblock der Arbeiter und Bauern gewann zwei Sitze im oberdiesleischen Sejm. Die beiden Abgeordneten, Genossen Wietozorek (Wahlbezirk Kattowitz) und Komandzer (Wahlbezirk Königshütte) befinden sich noch im Gefängnis.

Whalens Fälschungen entlarvt

Newyorker Antifaschisten zusammengedrückt

Newyork, 15. Mai. Der Abgeordnete Leguerdia beschränkt in einer Rede im Kongreß die von dem Newyorker Whalens Fälschungen veröffentlichten Dokumente, durch die verschiedene Sozialisten, vor allem die zentrale Handelsorganisation der Sozialisten in den USA, Umzug, der politischen Propaganda überführt werden sollten, als gefälscht. Er führte den Nachweis dafür, daß diese „Dokumente“ im Februar dieses Jahres in einer Newyorker Druckerei hergestellt wurden.

Ein Reporter der Newyorker Sentationszeitung „Graphic“ hatte die Druckerei ausfindig gemacht. Whalens freierte sich jedoch, die Beweise für die Herstellung dieser Dokumente zu prüfen, die man ihm zur Verfügung gestellt hatte und insistierte sich darüber hinaus auch noch, die „Originals“ überprüfen zu lassen.

Der „Daily Worker“ erhebt gegen Whalens die Beschuldigung, er habe gewußt, daß diese Dokumente gefälscht wurden. Außenminister Stimson stellt fest, daß er von den Fälschungen unentdeckt war und sich nicht genötigt sah, zu prüfen, daß ein Komplotts besteht, dessen Wert diese Fälschung ist, und daß „herrorragende Persönlichkeiten“ an dem Komplotts beteiligt sind. Er zitierte in diesem Zusammenhang auch die gefälschten Dokumente, die bei dem Ueberfall auf die „Arcos“ in London probiert wurden.



Copyright by Agfa-Lesing, Wien-Geslin.

55. Fortsetzung

Als Klaus das Brot entlockt und die Butter, legt er seinen eisernen Beilken fort, legt sich an den Tisch und schmeißt sich ein Brot. Anna legt das Brot für Martha vorstischselber weg. „Besser so besser“, sagt sie mit komischem Ernst. Dann sitzen wir aufeinander und essen.

Wie sich die Menschen doch verändern! Als wäre alle Aktivität in ihnen zerbrochen. Selbst Klaus, dessen Rufe mich immer so wohl tat, schläft umher wie ein Gefangener. Anna ist so alt geworden, ihre Hände so weiß, unter dem Sinn so viel überflüssige Haut. Nur ihre schwarzen Augen glänzen, wie hinter einem Nebel.

Ich frage nach Alfred und Lotte. Die Frau mir verschlossen, als wir flohen. „Alfred ist in der Heilanstalt. Er hat mit dem Kopf zu tun, schläft mittunter alles kurz und klein. Lotte muß arbeiten, das Kind ist bei Lottes Eltern.“

Ich bin erlöst und sehe Sophie an. Sie hat nur berichtet, daß Alfred noch immer nicht auf dem Posten ist. Aber von „kurz und kleinschlagen“.

„Man muß dich ja behandeln wie ein Kind“, verbeißt sie sich, als ich sie frage. „Kommst ja schon so aus der Aufregung nicht heraus!“

Klaus horcht hin, laut den Broden Brot erst bedächtig, dann, ehe er schludert und sagt: „Alfred ist mit den Verdern zu weit runter. Denn doch: Er kann sich nicht verständlich machen, kann ja kaum sprechen. Und wenn ein Mensch wie Alfred das mit ansehen muß und hinuntergeschluden, sich vielleicht noch auslassen lassen — das erträgt so einer nicht. Als Tierer kann er auch nicht mehr arbeiten, und die Unterwürigkeit reicht nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Da muß ja ein Mensch verriekt werden.“

„Und Tische?“

„Der ist in Gefangenschaft. Zwei Tage war er in den Urgegnen, dann war er zerfallen.“

„Der hat's am langsamsten angefangen“, ergänzt Anna und schaut wie ohne Ziel über den Tisch — „hat wenigstens was zu fressen!“ Sie legt bunt auf und räumt den Tisch ab. „Für die Brummodden hier die Finger verdrehen, hat ja keinen Zweck!“

„Wie sieht es denn draußen aus, haben sie die Nase noch nicht bald voll?“

Klaus hört aufmerksam zu und nickt. „Es geht zu Ende“, meint er dann. „Da können sie machen, was sie wollen.“

Da dreht sich Schäffel in der Tür. Martha kommt. Sie drückt mir freudig die Hand, legt ab und legt sich dann. Sie ist höflich, scheint überbungen, daß vielleicht besorgen gar nicht sprechen, an nichts anderes denken können. Denn als sie mit einigen Wollen ihren Wagen berührt hat, legt sie: „Jetzt räumen sie aber wieder auf. Alle Vertrauensmänner holen sie in den Schilengraben, was irgendwie verdächtig ist, wird eingezogen.“

„Das war vorausgesehen“, sagt Klaus trocken. — „Aber damit können sie den Hunger nicht. Das nächste Mal wird es besser klappen.“

Sophie erzählt mir schon von dem Hungerstreik, der im April 1917 durch die Fabriken in Deutschland legte. Nun erit erfährt ich durch Klaus und Martha Einzelheiten. Ich habe mich immer geundert über die Harmlosigkeit aller Briefe. Kein Wunder, alle Nachrichten, die auch mir etwas verdächtig aussehender, sind der Zensur zum Opfer gefallen. Die Soldaten im Felde dürfen nichts davon erfahren, dürfen nicht wissen, daß sich ihre Frauen und Kinder und Väter, vom Hunger gepeinigt, gegen den Nordpatriotismus auflehnen. Sie dürfen nur erfahren, daß der „Verbrecher“ Karl Liebknecht mit einigen „unlauteren Elementen“, meist jugendlichen Burtschen und Mädels“, unschuldig gemacht ist.

★

Sonntags folgen wir einer Einladung. Sophie befaßt ihre alte „Herrschafft“ in Hamburg-Harvestehude. Sie war einmal wegen ihrer Entschädigung dort, mußte viele ihrer Sachen in Helgoland in Stich lassen. Die Herrschafft wurden einmunde frei abgehunden — Sophie bekam nichts. „Was eine Köchin schon hat, ist nicht der Rede wert. Mit solchen Kleinigkeiten gibt sich das Vaterland nicht ab.“

„Kommst du mit, Hans? — sonst sind die Leute ganz nett!“

„Gut, ich komme mit.“

Ein Dienstmädchen öffnet und meldet: „Befehdt und Frau.“

Madame Gräde empfängt uns: „Ich über nett, daß Sie kommen!“ Die Beerdigung beginnt. „Herr Gräde, Herr Leutnant Hohenstein und Frau — Herr Befehdt und Frau.“

„Sehr angenehm!“

„Auf Urlaub hier?“ fragt der Herr Leutnant. Er ist der Schwiegersohn. Er trägt Zivil wie ich.

„Jawohl!“

„Warum haben Sie nichts davon wissen lassen, Sophie?“

fragt die alte Dame vorwurfsvoll. „Herr Befehdt hätte mir doch sicher etwas von Warschau mitbringen können.“

„Er kam so unerschöft.“

„So — das ist schade. Wissen Sie, die Fresse legt, nicht ganzumachen ist das. Ich habe für Butter bereits fünfzehn zwanzig Mark das Pfund. Eine Gans, die uns mein Mann —“

er meint damit ihren Eieseranten — am Sonnabend brachte, kostete sechzig Mark. Das ist doch einfach toll! Für guten Holzländer muß man bis fünfzehn Mark pro Pfund bezahlen — Sind die Sachen in Warschau auch so teuer?“

Wir sehen uns zu Tisch. Die Gans ist schon aufgegessen. „Wissen Sie, mit fünf Menschen“, entschuldigt sich Madame. Sie weiß nicht, daß ich im Moment überlege, ob der Arbeiter Gramer, der neben seiner Frau noch sechs Wäuler zu foppen hat, bei vierundachtzigbünder Arbeiterzeitung so viel verdient, wie die fünf Pfund für eine Maßzeit gekostet.“

Wir müssen uns mit Butter, Käse, Wurst, mit der kalten Platte begnügen. „Sinterher trinken wir noch eine Tasse Kaffee“, sagt Madame.

„Ich esse! Der Käse wird klein und kleiner, das halbe Brot ist schon verflüchtigt, die Wurst wird immer höher, bald liegt nur noch die Welle da. Ich bin gar nicht so hungertig — ich esse aus Protest! Vielleicht können sich die Deutschen keinen hungertigen Menschen vorstellen, denke ich und pelle mir federleichtlich noch zwei Eier ab, trocknen mich Sophie ganz erschrocken an. Als Madame in die Küche geht, um neues Brot zu holen, flüstert Sophie: „Rüthig, du kommst doch gar nicht so hungertig hin?“

„Doch! Ich habe großen Hunger. Ich kann dir doch das hüggen Brot, das wir haben, nicht aufessen. Halt dich ran, das sollet hier nichts!“

(Fortsetzung folgt)

Die entfesselte Schöpferkraft der Massen

Wie der sozialistische Aufbau die vom Kapitalismus erstickte Masseninitiative entfaltet

Genau so wie die Befreiung der Arbeiter nur die Sache der Arbeiterklasse selbst sein kann, ist es nur das Proletariat selbst, das sich den Aufstieg von der kapitalistischen Fronarbeit, aus Not und Elend zum wirtschaftlichen Wohlstand, zu einem besseren Dasein bahnt, indem es nach dem Siege der Revolution Stein an Stein des sozialistischen Aufbaus legt. Ein harter Kampf, der die Anspannung aller in den Massen schlummernden Energien erfordert, die Massen zum Träger des in der Wirtschaftsstruktur der sozialistischen Gesellschaft begründeten planwirtschaftlichen Systems macht. Der sozialistische Aufbau ist jetzt in der Sowjetunion, nachdem er unter der konsequenten, zielhaften Leitung der bolschewistischen Partei bereits über zehn Jahre geführt wird und trotz der feindlichen Umwelt gewaltige Erfolge erzielt hat, in sein entscheidendes Stadium getreten. Entscheidend deswegen, weil es nunmehr gilt, das im Prinzip plan vorzeichnete feste sozialistische Fundament auf allen Gebieten der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens zu errichten, mit den letzten Überresten des Kapitalismus in der Union endgültig aufzuräumen. Eines der wichtigsten, wenn nicht das ausschlaggebende Mittel dieses Kampfes ist die Initiative, die Selbstbetätigung der Massen oder kurz, der sozialistische Wettbewerb.

Sozialistischer Wettbewerb und kapitalistische Konkurrenz

Von bürgerlicher Seite wird als ein angeblich wider den Sozialismus gerichtetes Argument der Hinweis angeführt, der Sozialismus läte durch Ausfaltung der Konkurrenz den Unternehmungsgeist und damit überhaupt alles, was die Menschheit vorwärtsstrebe, ihrem Fortschritt diene. Die ganze Haltlosigkeit dieser „Aufassung“, mehr noch, die bewusste Verdrehung der Dinge aus nur allzu durchsichtigen Beweggründen, hat Lenin bereits 1918 in seinem Artikel: „Wie man den Wettbewerb organisieren soll“, aufgeklärt. Lenin stellte fest und wies nach, daß der Kapitalismus die kleine selbständige Warenwirtschaft, in der noch die Konkurrenz in gewissem größeren Umfang als ein anspornender, die Energie auslösender Faktor wirkte, schon längst durch die fabrikmäßige Massenproduktion ersetzt hat, daß unter dem Kapitalismus mit seinen allen niederdrückenden, all und jeden in das Noth des heillosen Profits spannenden Konzentrations- und Monopolisierungen der Unternehmungsgestalt, die Energie und schöpferische Kraft von 99 Prozent der werktätigen Bevölkerung erstickt, vernichtet wird.

Der Sozialismus läst nicht den Wettbewerb erlöchen, „betet“ vielmehr zum ersten Mal die Möglichkeit, ihn wirklich im Massenmaßstab anzuwenden, die Arbeit so zu organisieren, daß die Fähigkeiten der werktätigen Bevölkerung gewahrt und entfaltet werden.

Wird der Sozialismus, wie die Sozialisten der Weltlands bemerkt sind, „nachgewiesen“, sondern der Kapitalismus gestaltet das Leben der Massen zu einem einseitigen, grauen, treub- und listigen Dasein, das die geistigen und physischen Kräfte der Menschen fruchtlos verzehrt, sie abtumpft, aus ihnen durch die Verwahrlosung der Ausbeutung willenlos Sklaven macht.

Kapitalistische Konkurrenz bedeutet — wie es die Erfahrungen der jüngsten Zeit besonders klar zeigen — Sabotage der Produktion, Massenerwerbslosigkeit, Vernichtung und Verdrömmung der von den Massen erzeugten materiellen Werte, ungenutzter Mengen von Nahrungsmitteln usw. Mit dieser Art „Konkurrenz“ hat der sozialistische Wettbewerb in der Sowjetunion allerdings nichts gemein.

Die Anfänge des sozialistischen Wettbewerbs

Aus Lenins Forderung, die er schon 1918 aufstellte, ist jetzt eine Massenbewegung entstanden, deren Einfluß in allen Gliedern des staatlichen und Wirtschaftlebens der Union in ständigem Wachsen begriffen ist, dominiert wird. Die Anfänge des sozialistischen Wettbewerbs reichen fast bis in die ersten Tage der Oktoberrevolution zurück, als man dazu überging, mit Hilfe der Gewerkschaften die Massen zur werktätigen Tätigkeit heranzuziehen.

Die erste Vorbedingung hierfür war eine genaue Unterrichtung der Arbeiter über den Stand ihres Betriebes und des Industriezweiges, zu dem dieser gehört. So hieß es in der Resolution der 2. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Gewerkschaften der Sowjetunion:

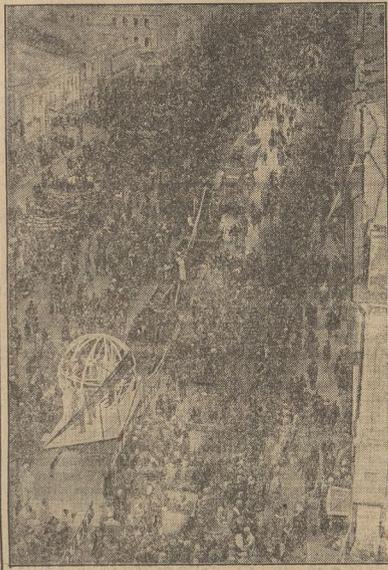
„Betriebsleiter und Truistenverwaltung müssen in Belegschafts- und Delegiertenversammlungen periodisch über den Stand und die Produktion des Betriebes oder des Truistes berichten.“

Die organisatorische Grundform der werktätigen Mitarbeit der Massen bildeten die Produktionskonferenzen zur Verbesserung der Produktion durch Ausnutzung der Erfahrungen der Arbeiter. Diese Produktionskonferenzen, in denen die Belegschaften Kritik an den Fehlern und Mängeln

übten und Vorschläge zu ihrer Überwindung machten, bestanden auch heute noch. Ihre Bedeutung ist durch eine Verfügung des Rates der Volkskommissare im August 1929 noch wesentlich gesteigert worden.

Eine wichtige Bestimmung des neuen Erlasses ist, daß eine Statistik der von den Arbeitern in den Produktionsberatungen oder Konferenzen gemachten und angenommenen Vorschläge, ihre Verwirklichung und des dabei erzielten wirtschaftlichen Effekts geführt werden muß. Arbeiter, die durch ihre Initiative zur Vervollkommenung des Produktionsprozesses und Beseitigung kleinerer und größerer Mängel im Betrieb beitragen, erhalten eine Prämie, von der 50 Prozent sofort nach

Maiaaufmarsch in Moskau



Arbeiterkolonne des Bezirks Krasnaja Presnja

Annahme des Vorschlages und der Rest nach seiner Durchsührung ausgezahlt werden.

Bisher war die Lage so, daß verhältnismäßig wenig Arbeiter eine Prämie erhielten. Die neue gesetzliche Regelung erweitert den Kreis der Ausgegünstigten der schon in früheren Jahren geschaffenen Prämienfonds und macht gleichzeitig eine Auffüllung dieser Fonds notwendig, was auch im Erlass vorgelesen ist: „An die Prämienfonds sind von den Sparnissen, die der Betrieb durch Verwirklichung der Vorschläge erzielt, 10 Prozent abzuführen.“

Zwei Beispiele

Der sozialistische Wettbewerb als Massenerscheinung, als eine heute in der Wirtschaftsstruktur der Union verankerte Erscheinung hat den Produktionsberatungen einen kräftigen Anstoß gegeben, wie aus nachstehenden zwei Beispielen ersichtlich, die wir aus der Fülle des Materials herausgreifen. Die Fabrik „Krasnij Riborschik“ in Leningrad berichtet, daß die Zahl der Vorschläge zur Verbesserung der Produktion von 308 im ersten Halbjahr 1929 in den folgenden Monaten auf jeweils 200 stieg. Weiter wird festgestellt, daß die Belegschaft, seitdem sie sich als wirtschaftlicher Herr des Betriebes fühlt, mit den unentschuldigsten Arbeitsergebnissen, die noch im Vorjahr einen beträchtlichen Prozentsatz ausmachten, fast vollständig aufgeräumt hat, daß die Belegschaften z. B. im April um fast 9 Prozent lanten und wesentliche Ersparnisse erzielt wurden, wodurch es möglich war, die Ausgaben für soziale Zwecke, also zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, beträchtlich zu erhöhen.

Die Leningrader Maschinenfabrik „Karl Marx“ konstatiert, daß durch den sozialistischen Wettbewerb die Belegschaften nicht um planmäßig 9%, sondern um 13% gesteigert wurden. Gleichzeitig führte man den Siebentunentag ein, wobei

die Arbeitsproduktivität nicht nur nicht lant, vielmehr sich noch erhöhte. In der Zeit vom 1. April bis zum 1. September 1929 wurden in den Produktionsberatungen 75 Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsmethoden gemacht und 33 durchgeführt. Bis zum 1. April waren es 132 bezw. 93. 50 Arbeiter wurden zu leitenden Funktionen befördert. Programmäßig sollten im vorliegenden Jahr Maschinen im Werte von rund 9 Mill. Rubel produziert werden, erreicht wurde eine wertmäßige Produktion von rund 10 Mill. Rubel.

Arbeitererfindungen

Ein schlagender Beweis dafür, wie durch den Sozialismus die schöpferischen Kräfte der Arbeiterklasse geweckt werden, sind die zahlreichen patentierte Erfindungen der Arbeitererfindungen. So hat vom August bis November 1929 eine vom Zentralkomitee der Gewerkschaften der Union gemeinsam mit dem Volkswissenschaftlich zur Förderung der Arbeitererfindungen organisierte Ausstellung im Unionspalast stattgefunden. Der Zweck, den man damit verfolgte, war, die Aufmerksamkeit der Arbeitererfinder auf die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Fünfjahresplan zu lenken. Die Ausstellung bildete einen Teil des sozialistischen Wettbewerbes zur Anspornung der schöpferischen Energie der Arbeiter im Betrieb, Gewinnung einer Übersicht über die vorhandenen reichen Erfahrungen.

Im Anschluß an diese Ausstellung wurden die Erfinder in den Betrieben, Sowjetgütern und Kollektivwirtschaften zu besonderen Organisations mit der Maßgabe eines engen Kontaktes mit den Produktionskommissionen (Produktionskonferenzen) zusammengeführt. Bemerkenswert ist, daß man in der Ausstellung der Erfinder die Aufmerksamkeit auf die Besondere Aufmerksamkeit veranfaltete, vor denen sich diejenigen verantworten mußten, die die Erfinder in ihrer Initiative bösmäßig gehemmt hatten.

So wird in der Sowjetunion der Arbeiter zur Selbstbetätigung erogen, das Talent des Werkstätigen gepflegt. In der kapitalistischen Welt dagegen, unter dem Kapitalismus, der angeblich dem Unternehmungsgeist die Möglichkeit einer ungehörten Betätigung bietet, werden Erfindungen und Patente teilweise angekauft, um ihre praktische Anwendung zu verhindern, so von den amerikanischen Trusts und im wachsenden Maße auch von den deutschen Konzernen.

Arbeiter-Stoßbrigaden voran!

Eine der wirksamsten Formen des sozialistischen Wettbewerbs sind die sogenannten Arbeiterstoßbrigaden, die heute über das ganze Territorium der Union verbreitet, in seltenen Fällen zusammengeschlossen sind und übermäßig aus patriotischen Arbeitern bestehen. Auf dem letzten erweiterten Plenum des GKSZ (Februar 1930) wurde als hervorzuhebendes Merkmal eben die wachsende Aktivität der Massen, die Tatsache unterstrichen, daß die Initiative zur Bildung von Stoßbrigaden von parteilosen Arbeitern ausgeht. Die Bedeutung dieser Bewegung in den Massen der Arbeiterklasse bildet einerseits die größte Bedeutung des Wettbewerbs und gewährleistet auf der anderen Seite ihre Lebensfähigkeit.

Die Tätigkeit in den Brigaden schärft nicht nur den Blick des Arbeiters zur Aufdeckung der vorhandenen Mängel, sie macht aus ihm einen zielbewußten, von Energie erfüllten, mit einem Wort einen Menschen, der sich seines Wertes bewußt ist. Gerade diese Eigenschaftlichkeit des sowjetischen Arbeiters wird von allen, auch von Bürgerlichen, die die Sowjetunion verstehen, als das neue Gesicht der Union, das Gesicht der herrschenden Klasse — und das ist das Proletariat — hervorgehoben.

Die Aktivität des Proletariats erstreckt sich nicht nur auf die Produktion, sie äußert sich ebenfalls in der Kontrolle über die staatlichen Einrichtungen und in der Selbstkritik. Die Belegschaften der Betriebe übernehmen nach einem von ihnen ausgearbeiteten Plan die Überwachung der behördlichen Tätigkeit. Sie erscheinen in den Aemtern und Behörden und fordern von den Leitern ausführliche Informationen. Und diese Informationen müssen ihnen nach dem Gesetz gegeben werden. Mit solchen Mitteln und auf solchen Wege wird der Sozialismus im Kampf, der Arbeiter dazu erogen, sich nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch als Herr des proletarischen Staates zu fühlen, dementsprechend zu handeln und die Verantwortung für alles, was in diesem Staat geschieht, mitzutragen.

Lenin-Aufgebot der Stoßbrigaden

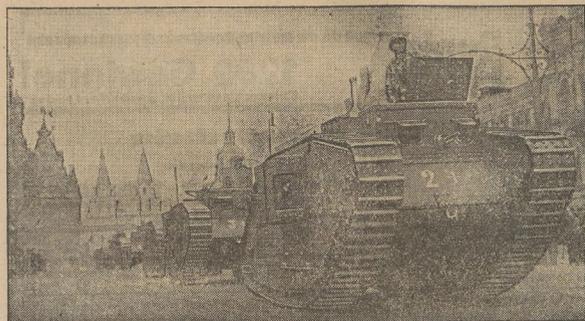
Dem Austausch der Erfahrungen, die die Arbeiterstoßbrigaden sammeln, dienen besondere Kongresse. Der erste Kongreß der Arbeiterstoßbrigaden hat bereits im Dezember vorigen Jahres stattgefunden. Der Kongreß stellte u. a. die Forderung auf, durch das Lenin-Aufgebot für die Bewegung der Stoßbrigaden zumindest 500 000 neue Mitglieder zu werden. Diese Zahl ist gegenwärtig bereits weit überschritten. In den Arbeiterstoßbrigaden sind augenblicklich über eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen erfasst.

Wie sehr die Werkstätigen der Union mit ihren Aufgaben vermaßten sind, und mit welchem Ernst sie an ihre Lösung herangehen, hat sich erst vor wenigen Wochen, während der Kampagne zur Ausbringung des Saatgutes, gezeigt. Die Bereitstellung der Saaten zeigte ein beträchtliches Zurückbleiben. Ein Appell an die Massen genügt aber, daß hunderte tausende Arbeiter und Arbeiterinnen sich zur Verfügung stellten und es ermöglichten, in kürzester Zeit die Lücke auszufüllen.

Wer die Sowjetpresse verfolgt, findet in allen Zeitungen gleich auf der ersten Seite eine sehr umfangreiche Rubrik, in der alle, aber auch alle schwachen Seiten in der Tätigkeit der Industrie, der landwirtschaftlichen Betriebe, des Transportwesens, des Staatsapparates usw. rücksichtslos aufgedeckt werden. Diese Kritik wird in aller Offenheit geübt, obwohl man in der Union sehr wohl weiß, daß sie von den Feinden, vor allem von der sozialistischen Presse, entstellt und dazu benutzt wird, Lügenberichte zu fabrizieren.

Das Proletariat läst sich nicht betören, es läst und wird weiter Selbstkritik üben, bis es sein Ziel, die Schaffung von Lebensformen, erreicht hat, in denen die „Ergänzungen“ des Kapitalismus keinen Platz haben. Es weiß, daß es hierbei mit der begehrtesten Unterstützung seiner Klassenbrüder in der ganzen Welt rechnen kann.

Tankparade auf dem Roten Platz



Tankgeschwader schützen den sozialistischen Aufbau

Rund um den Erdball

Besserungskolonien an Stelle zaristischer Kerkerhöhlen

Zuchthäuser ohne Gitter

Sowjetrußlands Strafvollzug vereinigt Gefangene und Bevölkerung zu gemeinsamer kultureller Arbeit

Während die Fürsorgeanstalten, Gefängnisse und Zuchthäuser der kapitalistischen Länder trotz des Gefühls vom humanen Strafvollzug mit jedem Jahre mehr mehr Zuchtorgane der Bedauernswerten Opfer einer Velleitungsordnung werden, in der zwangsläufig das „Verbrechen“ immer üppiger gedeihen muß, bemüht man sich, in dem befreiten Lande der Arbeiter und Bauern, in Sowjetrußland, mit nachsicht revolutionären Mitteln der sozialistischen Erziehung und Vorbeugung das schwierige Problem des jetzt noch vorhandenen Verbrechen zu lösen. Also nicht höhere Zuchthausmauern, Maschinengewehre und Leinwandbestrafungen oder händliche Verbesserungen technischer Aufsicht-Raffinesse, wie es die Hauptorgane der kapitalistischen Kerkermeister ist, sondern rationales Niedertreten der Zuchthausmauern, Entfernung der Gittergitter und Verbindung der Gefangenen mit der übrigen Bevölkerung. Das ist Sowjetrußlands Strafvollzug. Im folgenden sei das Leben in einem solchen „Zuchthaus“ geschildert:

„Offene Kolonien“

So werden jene Besserungsanstalten genannt, die, außerhalb der russischen Städte gelegen, mit keinerlei Gefängnismauern und Gittern gesichert sind. Hier werden die Zellen nie abgeschlossen und keine Schließung bezeugt die „Gefangenen“. Dem Aufsichtspersonal obliegt lediglich die Pflicht, neuankommende oder abgehende Häftlinge zu registrieren. Nur wer sich große Verdienste erwiesen haben können, wird zeitweilig in den „Kolonen“ überführt. Das ist ein gewöhnliches Zimmer, gleich allen übrigen Räumen der Kolonie. Nur wird die Tür hier abgeschlossen.

Eine solche Kolonie beherbergt 100 bis 500 Menschen. Die meisten hier lebenden Sträflinge sind wegen Rauberei, Vergewaltigung, Diebstahl oder Verunreinigung, Ueberschreitung ihrer Amtsgewalt u. a. abgeurteilt. Fälle unerlaubter Entfernung der Häftlinge sind allerdings noch keine Seltenheit. Dieser begibt sich der eine oder der andere ohne entsprechende Erlaubnis auf mehrere Tage nach Hause. Ein- oder zweimal wird er verurteilt. Nicht das nicht, wird der Unvorsichtliche in eine „geschlossene Kolonie“ überführt.

In vielen „offenen Kolonien“ ist die kulturelle Arbeit beratend aufgebracht, daß die Häftlinge zur Durchführung verschiedener Kampagnen unter der Bevölkerung der Umgegend herangezogen werden. So z. B. veranstaltet gegenwärtig der in der Kolonie Pjanowo inhaftierte Agronom Grischin Vorlesungen in einer benachbarten Dorfschule. Der Theaterzweck der Häftlinge in der Kolonie Sandowka veranstaltet regelmäßig Theaters Vorstellungen in den Dörfern des Gouvernements.

Den Kino- und Theateraufführungen, die im Klub der „offenen Kolonien“ stattfinden, wohnen allemal viele Bauern und Bäuerinnen der benachbarten Dörfer bei.

Die weiblichen Rollen werden von Einwohnerinnen der Dörfer und Siedlungen gespielt. Nach Schluß der Vorstellungen vereinigen sich nicht selten Häftlinge und Bewohner zu einem Tanz.

Der Arbeitstag beträgt in den Kolonien acht Stunden. Die Produktion ist spezialisiert. So beschäftigt sich z. B. die Kolonie Pjanowo ausschließlich mit Ziegelbrennen. In Sandowka wird das Torflager ausgebeutet. In Kalfajino gräbt man Kies und die Kolonien Andotsch-Tschichwinlaja und Wolstrenlaja beschäftigen sich mit Handweberei u. a. m. Für die geleistete Arbeit erhalten die Häftlinge Lohn für den sie leisten können, was sie wollen. Außerdem erhält jeder 1 Kilogramm Brot am Tage. Das Mittagessen besteht aus Gemüße, Rüben oder Erbsensuppe mit Fleisch. Zum Abendbrot gibt es ebenfalls Suppe, jedoch ohne Fleisch.

„Geschlossene Kolonien“

Auch in den „geschlossenen Kolonien“, die von Mauern umgeben und von Soldaten bewacht werden, wird hauptsächlich

Der Potsdamer Blutschandeprozess

Potsdam, 15. Mai. Heute morgen begann in Potsdam unter beifälliger Andrang der sensationsstierigen Potsdamer feindlichen Gesellschaft die Verhandlung gegen den Amtsvorsteher Frenzel aus Bornim, der der Blutschande, begangen an seinen beiden Töchtern, beschuldigt wird. Während die ältere Tochter die Verfehlungen ihres Vaters zugibt, betreibt die jüngere jetzt alles. Nicht weniger als 42 Zeugen und zwei medizinische Sachverständige sind für diesen Skandal aufgebracht.

Der Angeklagte Frenzel, von Beruf Schornsteinfegermeister, ist 1919 der sozialdemokratischen Partei beigetreten und hat sich seit dem Jahre 1926 der Wirtschaftspartei angeschlossen. Diese Partei schickte ihn auch in den Kreis- und Provinziallandtag. Bis zu seiner Verhaftung war er Obermeister der Schornsteinfegerzunft, Vorsitzender der Wirtschaftspartei, Kreisbrandinspektor von Nischowland und

Inhaber von etwa weiteren 20 Ehrenämtern.

Vor Eintritt in die Verhandlung stellt der Staatsanwalt den Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen. Das wird nach längerer Beratung jedoch teilweise abgelehnt. Als der Angeklagte von Vorlesenden gefragt wurde, ob er etwas mit seiner jüngsten Tochter Gertrud vorgehabt habe, beteuert Frenzel laut weinend seine Unschuld:

„Nichts, meine Herren, habe ich getan. Es ist bloß alles Klatsch aus dem Pfarrhause.“ Worauf Frenzel in längeren Ausführungen erzählte, wie seine Tochter ständig ins befreundete Pfarrhaus lief. Eines Tages habe er dann vernommen, daß seine beiden Töchter sich bei dem Pfarrer Schent in Bornim besahen hätten, daß er sie mißbrauche. Die zweitälteste Tochter, zur Rede gestellt, habe ihm geantwortet: „Das gerate nicht, aber wir lassen uns nicht mehr länger von Dir kommandieren!“

erzieherische Arbeit geleistet. Auch hier werden die Häftlinge in den Arbeitsprozess einbezogen. Die Zellen stehen Tag und Nacht offen. Fenstergitter gibt es auch hier nicht. Desgleichen dürfen sich die Häftlinge nach Arbeitsluß nach Belieben auf dem Hofe aufhalten. Die inneren Wachtposten werden von den Häftlingen selbst (!) gestellt.

Besonders interessant ist hier die Einrichtung von eigenen Schiedsgerichten, die in einer Häftlingsverammlung gewählt

werden und in offenen Gerichtsverfahren alle Klagen, die seitens der Häftlinge oder der Kolonieverwaltung eintreffen, beraten. Das Schiedsgericht hat das Recht, den Schuldigen einen Beweis zu erteilen, den Beweis in der Verhandlung zu veröffentlichen und nötigenfalls die Kolonieverwaltung um Urlaubsbewerbung auf eine bestimmte Frist zu ersuchen. Das Urteil dieses Schiedsgerichtes wird in den allermeisten Fällen von der Kolonidirektion bestätigt.

Erwähnt man noch, daß es eine der Hauptorgane des sowjetischen Strafvollzuges ist, entlassene Häftlinge wieder als nützliche Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft einzureihen und sie gleichzeitig damit von dem „Makel des Verbrechens“ zu befreien, so zeigt sich klar der Unterschied zwischen der barbarischen kapitalistischen Nachsicht und der nachsicht erzieherischen Arbeit des Strafvollzuges im proletarischen Staat.

Die als Zeugin vernommene Gertrud Frenzel erklärt frant und frei,

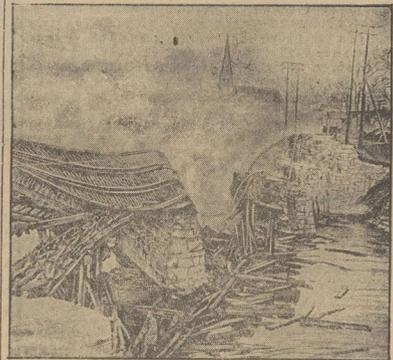
daß der Vater sie schon vom elften Jahre an mißbraucht habe.

Als sie das eines Tages ihrer Schwester erzählte, sagte diese:

„Mit mir machst er es auch so!“ Der Angeklagte springt bei diesen belästigenden Auslagen leichenblau auf und schreit in den Saal: „Alles ist Lüge, was meine Tochter vorbringt. Das hat man ihr im Pfarrhaus alles eingeblot!“ Trotz Ermahnungen bleibt jedoch die Zeugin bei ihren Auslagen.

Weber den weiteren Prozessverlauf wird wir noch berichten.

200 Häuser eingäschert



In Nashua im gleichnamigen nordamerikanischen Staat brach ein riesiger Waldbrand aus, der in kurzer Zeit auf die Stadt selbst übergriff. Erst nachdem 200 Häuser niedergebrannt waren, gelang es dem Feuers Herr zu werden. 1500 Personen wurden obdachlos. Unser Bild zeigt die zerstörte Eisenbahnbrücke des Ortes.

Einsturzungslück in Caprino

4 Arbeiter durch 60 Tonnen Erde verschüttet

Rom, 15. Mai. Bei Ausschachtarbeiten sind in der italienischen Stadt Caprino vier Arbeiter durch einen Erdsturz von 60 Tonnen verschüttet worden. Erst nach vielen Stunden war es möglich, einen der Verschütteten als Leiche zu bergen.

Englisches Militärflugzeug abgestürzt

Nach Meldungen aus Peshawar stürzte ein englisches Militärflugzeug, das zur Beobachtung der indischen Aufständischen aufgestellt war, am Abend ab. Die Insassen waren sofort tot.

Der Lübecker Säuglingsmord

„Heilverfahren“ ohne Wissen der Eltern angewandt

Lübeck, 15. Mai. Zu unserer bereits gestern gebrachtten Mitteilung über den Tod von acht Säuglingen und die Enttarnung von 26 Säuglingen infolge der „Schüttelkur“ mit dem Calmetteschen Heilmittel, das angeblich die Kinder für das ganze Leben gegen die Tuberkulose immun machen sollte, müssen wir heute die geradezu katastrophale Tatsache nachtragen, daß die Ärzte in der südlichen Endbindungsanstalt die Neugeborenen ohne Wissen und Willen der Eltern nach dem noch gänzlich unerprobten Verfahren behandelt haben.

Zwar sollen in einzelnen Fällen Mütter von dieser „Schüttelkur“ benachrichtigt worden sein, doch war das nur eine belanglose Formalausgabe, da diese ja absolut keine Anwendung hatten, daß das Verfahren erstmalig in Deutschland erprobt wurde.

Doch das Empörendste an dieser verbrechenreichen Verant-

wortungslosigkeit ist die Tatsache, daß in Lübeck sämtliche approbierten

Gebammen ganze Kulturen von diesen Kinderüberleben unterlassen.

Klar, daß hierdurch eine laßverfälschte Kontrolle, die dieses neue Verfahren ganz besonders benötigte, unmöglich wurde.

Unter dem Druck der eingehenden Erregung der Lübecker Bevölkerung hat sich nunmehr auch die Staatsanwaltschaft gezwungen gesehen, dieses Verbrechen zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen. Im Namen der Arbeiterschaft, für deren tuberkulöse Kinder dieses Verfahren hauptsächlich — weil am billigsten — gewählt ist, fordern wir eine sofortige rückichtslose Untersuchung und strenge Bestrafung der an diesem Massenverbrechen unschuldiger Säuglinge Verantwortlichen.

Du gewinnst bestimmt den ersten Preis,

wenn du die meisten Rundfunkadressen sammelst!

1200 Gewinne!

Mehreres siehe im „Arbeitersender“



Der „Arbeitersender“ bringt diese Woche

Um den § 218

Kritische Programm-Vorschau:

Kleine Ueberrassungen
Die andere Seite
Fieber durch das Musikprogramm
„Und wie haben nichts dazu getan“
Stimme des werktätigen Hörers
Die Wirkungsweise der Dreielektrodenöhren
Selbstentwicklung von Achterspeulen
Radio-Notizen / Nachrichten des Freien Radiohundes

Unser Roman:

Ludwig Lurck: Ein Prolet erzählt

Alles für das große Preisansuchen

Bestellschein

Ich bitte um laufende Zustellung des

Arbeitersender

durch die Botenfrau zum Preise von 25 Pl. pro Nummer.

Name und Adresse

Bestellungen b. allen Botenfrauen d. Arbeiterzeitungen oder direkt beim Freien Zeitungsverlag Arthur Müller, Berlin N 54, Grenadierstr. 45. Reichsausgabe mit internationalem Rundfunkprogramm 25 Pr.

Stadt Halle

16. Mai 1930.

Die Zigarren

Scene: Eisenbahnsteig dritter Klasse auf der Strecke Leipzig-Halle.

Personen: Vater, Mutter, Sohn. Schicksalige Sachsen. Und ich, was Gegenteil von einem Sachsen.

Als sich der Zug in Bewegung setzte, gibt die Mutter dem Sechsjährigen ein Schicksälchen mit der Aufschrift: „Für kleine Herren!“

Darin liegen zehn Schokoladenzigarren.

Babba, derich eine roochn?

Wasson dos?

Ku, hier derische roochn.

Da roochn ne Zigarre.

Ku allemal, rooch nur!

Koochn du ooch?

Nachhär.

Kumbn nich jedsch?

Ich warde noch a bishen, a rooche erschd nachhär.

Mamma, willsche ooch eine roochn?

Ne, mein Chunge, a rooche nich!

Der Junge futtert eine seiner Schokoladenzigarren auf.

Darauf:

Babba, willsche jedsch nich ne Zigarre roochn?

Ne, a rooche nachhär ne ridschdel!

Das sinn doch ganz ridschdel!

Wah! Das sinn Zigarren hier gleiche Fährn.

Mamma, willsche eine midroochn?

Ne, mei Chunge.

Der Junge futtert die zweite seiner Schokoladenzigarren.

Darauf:

Babba, willsche jedsch nich ne Zigarre roochn?

Ne, ich rooche nachhär ne ridschdel!

Das sinn doch ridschdel! Ganz ridschdel! Mamma, willsch Du nich eene?

Das ging achmal so, bis achst Zigarren hinuntergelutscht waren.

Als der Junge die neunte Zigarre aus dem Etui holte, hat ich den Vater, sich doch endlich eine richtige Zigarre anzuzünden.

Nach warumden?

Ich beürchte, Ihr Junge wird sich den Magen verderben, wenn er so viel Schokolade futtert.

Wah, das iss dühr gar nich anderich gewesnd, der habd noch jone Schabdel voll, die roochn der alle noch, das schabd den nichd — Da wurde mir Hiel, ich fiel von der Bank.

Das Welt brannte. Gestern gegen 16.15 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Trothaer Straße gerufen, wo in einem Zimmer ein Ruhebett in Brand geraten war. Das Feuer war inzwischen von Hausbesitzern gelöscht worden.

Wah! In der Trinkhalle. In der Nacht vom 14. zum 15. Mai wurde in der Trinkhalle am Zentralvertriebshof eingebrochen. Es wurden Nahrungs- und Genussmittel in geringem Werte gestohlen.

Zungen gefuch. Die Postkassen, die am Freitag, dem 25. April, im Saal vor der Postkassendirektion, GutsMuths Straße, waren, wurden wir, sich sofort auf der Redaction des „Klassenkampf“ zu melden.

Tausende im Kampf gegen Harnack

Maßvolle Rundgebung gegen den sozialfaschistischen Anschlag auf die Arbeiterportier — Gegen das KZB-Verbot — Für die Einheit des roten Arbeiterportiers!

Sozialfaschistischer Vernichtungskrieg gegen den roten Arbeiterportier! Sozialdemokratische Minister und Regierungspräsidenten verfolgen unter dem Deckmantel der reaktionären Sportverbände und der reformistischen Spalier, daß Tausenden von Arbeiterportierinnen und Sportlerinnen öffentliche Sportplätze um enteignet werden sollen. Junge Arbeiterportierinnen sollen keinen Sport, keine Körperkultur betreiben, weil sie staatsfeindlichen Organisationen angehören. Sozialdemokratische Staatsminister verbieten es der jungen Generation des Proletariats, sich körperlich zu betätigen. Für älteren Arbeiter und Arbeiterinnen entfällt der Sport. Und noch mit mehr unerschrocken hat die herrschende Klasse im monarchistischen Deutschland den Vormarsch und Aufstieg der Arbeiterportierbewegung verfolgt? Die Bourgeoisie hat hier eine Macht heraufgewacht.

eine Macht des proletarischen Klassenkampfes,

die ihrer Herrschaft nur zu gefährlich erschien. Und aus diesem Grunde wurden auch im monarchistischen Deutschland den Arbeiterportierinnen keine Turnhallen und Sportplätze zur Verfügung gestellt. Man bildete sich ein, dadurch den Aufstieg der Arbeiterportierbewegung aufhalten zu können. Was war aber das Ergebnis dieser niederträchtigen Sabotage des Arbeiterports?

Die Arbeiterportierbewegung wuchs heran zu einem mächtigen Bollwerk des Klassenkampfes.

Und was erleben wir heute, im sogenannten republikanischen Deutschland? Ausgerechnet Sozialdemokraten führen die selbe schändliche Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterportier durch. Der sozialdemokratische Regierungspräsident Harnack gibt einen Erlaß heraus, auf Grund dessen den Arbeiterportierinnen öffentliche Sportplätze nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen. Sozialdemokratische Führer in den Hauptstädten der monarchistischen Feinde des Arbeiterports!

Dieser infauste Anschlag rief die halbesche Arbeiterportier und Sportlerinnen auf den Plan. Sie haben sich entschlossen, sich zu Tausenden durch die Straßen von Halle, zur

Professoren-Rundgebung auf dem Hallmarkt.

Die da gestern Abend stolz aufmarschierendes, flüchtend und in mullergläubiger Disziplin aufmarschierendes, das sind die roten Sportler und Sportlerinnen, denen erdmännliche sozialfaschistische Kriecher der bürgerlichen Gesellschaft keine Gelegenheiten zur sportlichen Betätigung geben wollen! Hier marschieren — es sei nochmals hinzugefügt — Tausende von Arbeiterportierinnen, junge Arbeiter aus den Betrieben, Werkstätten und den Stempelstellen, junge Arbeiter aus den Betrieben, die trotz zur schäme des proletarischen Klassenkampfes stehen, trotz und kampfbereitschaften zur Professorenrundgebung. Dieses Herz junger proletarischer Kämpfer soll jetzt kein Mecht mehr haben, Sport zu betreiben? Ist das nicht das Tollste, was man jemals erlebt hat?

Nach dem Hallmarkt haben sie Kopf an Kopf, Große, rote Transparente bringen die Kampfpläne der Arbeiterportier zum Ausdruck:

„Kampf gegen den Schandbefehl Harnack!“ — Wir fordern Gleichberechtigung mit Bundesbesessenen und Bürgerlichen!“

„Junge Arbeiter-Portierinnen führen ein Transparent mit sich: „Naturfreundlichkeit im Kampf um die rote Sportplatzheit.““

Dann wird die Rundgebung mit Trommel- und Posaunenklängen — Hörtorgane dürfen auf Befehl des Vorsitzenden nicht geschlossen werden — eröffnet. Zunächst begrüßt Sportgenosse W. H. Berlin die Teilnehmer des roten Arbeiterports von Halle im Namen der Klassenbewußten Arbeiter-

portier Berlins. Seine zündenden Begrüßungsworte klingen aus in den Ruf:

„Erfassen wir uns das gefassten lassen? Nein und tausendmal nein! Unsere Kampfpläne lauten: Wider mit diesen Schand!“

Dann ergreift der Vorsitzende des Arbeiter-Sport- und Kulturpartei Halle, Genosse Wabbel, das Wort. Er wies darauf hin, daß trotz der wahnwitzigen Spaltungspolitik der Reformisten die organisatorische Zusammenfassung der Klassenbewußten Arbeiterportier mit großen Erfolgen gelangt werden konnte.

Wenn uns die bürgerliche Gesellschaft und ihre sozialdemokratischen Kriecher aus Angst vor unserem Vormarsch einen solchen Kampf antragen, dann ist das der freudigste Beweis dafür, daß wir als rote Arbeiterportier auf dem richtigen Wege sind.

(Begeisterte Zustimmung.) Das reaktionäre Stadtparlament von Halle hat unsere Forderungen auf Zurücknahme der Turnhallen-Entscheidungen mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Hier haben die den Beweis, daß das Herz der roten Sportler gewillt ist, den Kampf gegen die „Reformisten“ (Genosse Wabbel) auf dem Terror des sozialdemokratischen Parteipräsidenten Harnack gegen die Arbeiter-Portier in Leipzig, zeigt die Gefahren des Sportplatzes auf, schließt die Schranken des halbeschen Arbeiterports gegen die Arbeiterportiervereine und ruft dann den Arbeiterportierinnen von Halle zu:

Die Parole lautet jetzt Warn und Mobilisierung! Für den Kampf um die Rechte der Arbeiterportier, für den Kampf um die Rechte der roten Sportler zu kämpfen in Genui!

Ein Vertreter der roten Hilfe bringt die Solidarität des Sanitätskorps der Arbeiterklasse mit den Arbeiterportierinnen zum Ausdruck. Dann begrüßt ein Vertreter der Kommunistischen Partei die verarmten Sportler im Namen der Kampfpartei des Proletariats und

des nicht zu verheißenden KZB mit einem kräftigen dreifachen „Hot Front“, in das die Sportler und Sportlerinnen begeistert einstimmen.

Der Genosse weist darauf hin, daß dieser sozialfaschistische Anschlag gegen den Arbeiterportier eine Verleumdung der Arbeiterklasse ist. Er erfolgte das Verbot des KZB, nicht nur man den roten Arbeiterportier vereinnahmt! Aber der Faschismus triumphiert. Neue Angriffe gegen die wertvollen Hallen auf allen Gebieten werden vorbereiten!

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Arbeiterportier, SPD-Arbeiter, kämpft die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats. Nur unter der roten Fahne des Klassenkampfes ist ein Sieg der Arbeiterklasse möglich. Der Arbeiter schließt seine Ausführungen mit dem Ruf:

— Jede der rote Arbeiterportier trotz alledem!

Wieder 100 Mr. Geldstrafe für den „Klassenkampf“

Wohl Herr Thier nicht abgesehen werden kann will

Herr Thier, ein alter Graubart mit hochgradiger Genialität, was einem Verwaltungsdirigenten der D.R.G. Halle, ist nun der „Klassenkampf“ im vorigen Jahr in einem Artikel des Genossen Vademann über die „Korruptionen in der D.R.G.“ u. a. behauptete, daß Herr Thier als Verwaltungsdirektor abgelehnt worden sei, hätte sich dieser alle Mann „belehrt“. Gerade hier er zu seinem Bestimmungsort, dem bekannten, gleichbedeutend verurteilt. Thier, ein gegen den „Klassenkampf“ eine Anklage wegen Verleumdung anzufertigen. Wenn es gegen den „Klassenkampf“ geht, macht Peters selbstverständlich sofort mit. Obwohl der Genosse Max Lohmann den Artikel mit seinem Namen gezeichnet hat und dadurch bewußt zum Verhängen bringen wollte, daß er für den gesamten Artikel die Verantwortung trägt, wurde nicht gegen ihn, sondern gegen den Genossen Bruno Nothe, der für den betreffenden Teil der Zeitung verantwortlich zeichnete, Anklage erhoben. Das Amtsgericht sagte dann nach erfolgtem Einspruch des Genossen Nothe am 18. Februar den § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes ausgesprochen. In dem Urteil, das der Richter über den Teilnehmer im Sinne des § 21 Abs. 1 des Preßgesetzes war, ist nichts dargelagt.

Einige Tage später wurde dieser Beschluß des Amtsgerichts wieder aufgehoben, und zwar auf Grund der Beschwerde des Herrn Thier. In der letzten Verhandlung sollte dann das Gericht unter völliger Mißachtung der Bestimmungen des Preßgesetzes, auf die es sich am 18. Februar selbst berufen hat, binnen zwei Minuten das Urteil: 100 Mark Geldstrafe, bezichtigt, daß Herr Thier, der selbstverständlich eine erhebliche Verletzung des Genossen Nothe vorbereitete, sowie sein Mandat Thier, an rufen bei der Verkündung des Urteils über das ganze Gesicht. Das wäre ja gelacht, wenn das bürgerliche Gericht nicht den Anträgen des reaktionären Justizrats entsprechen würde. Gegen das völlig unbilligste Urteil, das die Geschichte, die die Rechtshilfe gegen die revolutionäre Presse ammettet, wieder mal in das grellste Licht rückt, wird Einspruch erhoben werden.

herr Laak

Wie er Arbeiterinteressen vertritt

In der letzten Stadtratsversammlung ging es heiß her. Die kommunistische Fraktion hatte einen launigen Kampf zu führen (sowohl für die Obdachlosen, wie auch für die Arbeiterportier). Aber die kommunistischen Stadtratsmitglieder haben ihren Mann gehalten, trotz Ordnungsruhe und Proklamationen. Was aber tat Herr Laak? Er verriet die Selbstentant!

Erste Selbstentant: Die kommunistische Fraktion forderte namentliche Zustimmung, um diejenige Veranschlagung, die das massive Gebäude Rathausstraße 19 für 45.000 Mark niederreißen lassen und die Obdachlosen ihrer Not überlassen. Um die namentliche Zustimmung durchzuführen sind 15 Stimmen nötig. Die Kommunisten verfügten nur über 14 Stimmen. Laak konnte mit seiner Stimme den Anschlag geben. Was aber geschah? Er schloß sich mit der SPD, Harnack und brachte den kommunistischen Antrag zum Fall.

Zweite Selbstentant: Die kommunistische Fraktion beantragte, den Arbeiterportier die Hallen und Plätze nicht länger zu enteignen sondern wieder zur Verfügung zu stellen. Eine nur zu berechtigende Forderung. Was geschah bei der Abstimmung? Der Herr Laak schloß sich zu dem mit der SPD, Harnack und brachte den kommunistischen Antrag zum Fall.

Dritte Selbstentant: Es galt, dem Mietwucher bei der Kleinwohnungsbau-W.G. Halle entgegenzutreten und den Mietern zu helfen. Als über den Antrag der SPD-Fraktion, die Mietwucher zu bestrafen, abgestimmt wurde, hielt Herr Laak klammern mit der SPD, Harnack und stimmte gegen den kommunistischen Antrag. Obdachlose, Mieter und Sportler, merkt Euch das. Und Ihr, räuberische Arbeiter von Halle, merkt es Euch doppelt gut.

Halletheater. Heute, Freitag, 20. Uhr ist die große Premiere der Originalen-Produktion „Sommertag“ von Ernst von Wolffenbuttel. Die Besetzung besteht aus dem Regisseur und Theaterkollaborator, Genossenschaftler ab 70 Pf. Tageslohn 1 bis 14 Uhr, ab 17 Uhr ununterbrochen.

Recherches Theater. Die Aufführung im „Recherches Theater“ bringt aus ihrem reichhaltigen Spielplan ab Freitag, 16. Mai, zwei neue Stücke zur Aufführung: „Recherches“, ein Akt in einem Akt von G. Schmitz, und „Die Hände der Felle“, ein Akt in zwei Akten von G. Schmitz. In beiden Stücken spielen die Komiker Schmitz und Weißweiler die Hauptrollen.

Der „Stall“ in der Rathausstraße 19

Dieses Haus wird mit Zustimmung der SPD für 45.000 Mark abgedrohen, damit der „Sinn für das Schöne“ erhalten bleibt

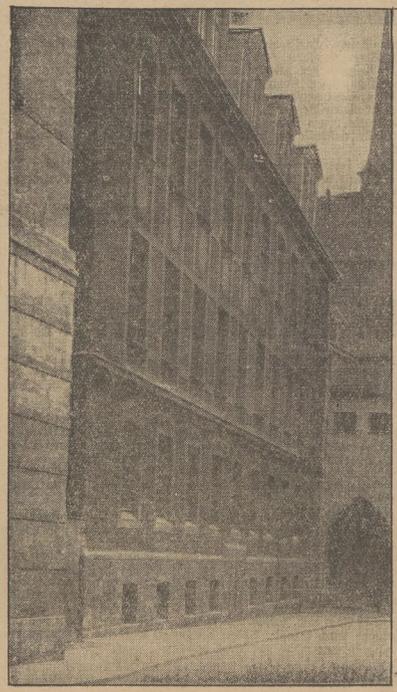
Das sozialdemokratische „Vollstätt“, das anlässlich des Kampfes der Anwälte des Obdachlosenajals um Wohnungen in die allerhöchste Stufe gelangt hat, das anläßt den Kampf dieser Arbeiterfamilien um Wohnungen zu unterstützen, unerschrockene und dreiste Angriffe gegen den kommunistischen Delegierten Harnack richtete, sieht die Dinge auf einmal so, „wie sie wirklich sind“. In seiner letzten Ausgabe befaßt es sich ausführlich mit den himmelführenden Zuständen im Obdachlosenajal, findet rührende Worte über die Lebenslage der dort untergeordneten Familien und läßt — Arbeiter und Arbeiterinnen, namentlich — in der Überschrift eines langen Artikels groß und breit den Ruf laut werden: „Schafft Wohnungen!“ Wörtlich schreibt dieses sozialdemokratische Ständebüchlein folgendes:

„Wirtliche Besserung, wirtliche Beseitigung dieser fürchterlichen Zustände kann nur eine einzige: Wohnungen für die Obdachlosen. Wie fordern in wesenwichtigen Wohnungen für die Wohnungslosen. Wie fordern reifliche Unterbringung der Familien. Wir fordern nicht Pfaffenreden einer Hausordnungsüberzeugung, sondern radikale Beseitigung durch Wohnungsbau.“

Sich mal einer an, die Sozialdemokraten (wie irradikal sie doch sind), sie fordern für die obdachlosen Familien Wohnungen, sie wollen keine „Pfaffenreden“, sondern loger eine „Radikale Verbesserung“. Aber Arbeiter weiß, daß gerade die Wirtlichkeit der Sozialdemokratischen Partei auf allen Gebieten immer auf den Ton abgestimmt ist: „Wieder den Sperling in der Hand als die Laube auf dem Dache.“ Mit diesem Sprüchlein vertreten die sozialdemokratischen Arbeitervertreter in der Regel die Arbeiter, wenn sie einen Hungerstreik durchsammeln sollen, und halten sie vom Kampf um eine radikale Verbesserung ihrer Lebenshaltung ab! „Radikale Verbesserung“ — warum nicht auch, gibt es doch genug Arbeiter, die auf ein solches demagogisches Geschwätz hereinfallen.

Sehen wir uns doch den Kampf der SPD im halbeschen Stadtparlament um die „Radikalverbesserung“ der Mißstände im Obdachlosenajal etwas genauer an. Die Kommunisten stellen den Antrag, das alte Polizeigebäude in der Rathausstraße, das jetzt leer steht, zu Notwohnungen auszubauen. Sofort hand Herr Peters auf und erklärte, das ginge nicht, man müßte auch etwas „Sinn für das Schöne“ haben, man könne den Arbeitern nicht zumuten, in einem solchen „Stall“ zu wohnen. (Der „Stall“ ist auf nebenstehendem Bild zu sehen.) Also lehnte die Sozialdemokratie aus „baulichethischen“ Gründen den Ausbau dieses massiven Hauses ab und bewilligte die 45.000 Mark für den Abruch des „Stalles“. Freilich wir Kommunisten hätten es lieber gesehen, wenn während der Sitzberatungen unser Antrag, eine Million für den Bau von neuen Wohnungen zugunsten der armen Wohnungslosen zu bewilligen, angenommen worden wäre. Das war eine radikale Verbesserung, die die Kommunisten damals beantragt hatten. Aber diese wurde von den Sozialdemokraten abgelehnt. Dafür bewilligten sie Hunderttausende für die Polizei.

Können die Kommunisten in der letzten Stadtratsversammlung den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzer Peters auf frischer Zeit beim Vagen erlangen, weiß er auch dort mit radikaler Gesinnung den Bau von neuen Wohnungen forderte, so nageln wir jetzt die Verlogenheit und Demagogie des sozialdemokratischen „Vollstättens“ fest. Die SPD lehnt nicht nur den Neubau von Wohnungen ab, sie bewilligt die 45.000 Mark, mit denen der „Stall“



SACHKENNTNISS
GROSSE UMSATZE
REICHE AUSWAHL
MODE-NEUHEITEN
QUALITÄTS-WAREN
FACHLICHE BEDienung
PREISWÜRDIGKEIT

Kunden Dienst von

J. Lewin

HALLE (SAALE) / NEUBAU / MARKT 3-6

Auch Sie können es erschwingen,

sich und Ihre Familie für das Frühjahr und zu Pfingsten neu zu kleiden, wenn bei den heutigen Zeiten das Geld auch knapp ist. Wir helfen Ihnen gern. Kaufen Sie bei uns auf Teilzahlung.

Sel es ein Mantel oder Kleid für Ihre Gattin, sel es ein neuer Anzug oder Sommerulster für Sie selbst, ein Sportanzug, eine Sport- und Tennischhose oder ein neuer Allwettermantel, alles können Sie bei uns bekommen. Auch Schuhe für Herren und Damen, Strümpfe und Wäsche sind bei uns zu haben. Für Motorsportler sind die so beliebten Lederjacken und Motorradstiefel neu wieder eingetroffen.

Sie zahlen nur ein Viertel des Kaufpreises an, den Rest in Raten nach Ihren Wünschen. Tausende gehören schon zu unsern Stammkunden. Wir möchten auch Sie gern dazu zählen. Wollen Sie uns nicht einmal besuchen?

Klingler
 Leipziger Straße 11 I., II. und III. Etage
 Eingang Sandberg

Echt
 nur mit tiefer Schokolade



Das allerbährte Stärkungsmittel für Kranke und kranke Mütter, das wegen seiner Nährkraft auch für Kinder besonders geeignet ist

Freyberg Brauerei

Gasfots
 der gute Brennstoff für Abnahme im Mai erheblich billiger!

Es kosten:
 Gasfots I, über 40 mm (Grobkots) RM. 1,80
 Gasfots II, 40/60 mm RM. 2,00
 Gasfots III, 20/40 mm RM. 1,80

Je liter, ab Lager Osterode, Bestelltag 7 - General 20822
 Lieferung 1 x 1 Liter RM. 0,25 pro Zentner mehr

Zu denselben Preisen liefern auch die folgenden Kohlenkinder

Werke der Stadt Halle
 Kältegesellschaft

Große Vorteile beim Einkauf von Porzellan, Glas, Emaille Haushaltswaren

Von dem kolossal billigen Angebot überzeugen Sie meine 4 Schaufenster. Augenblicklich die denkbar günstigste Kaufgelegenheit

Schönbach
 Schmeerstr. 1 = Nieser-Bazar = Schmeerstr. 1



Überall in der Welt

findet der gut gekleidete Herr Achtung und Vertrauen. Wer zur Höhe gelangen will, muß dieser Tatsache Rechnung tragen, denn überall in der Welt ist gute Kleidung ein ständiges Kompliment für Ihr Urteil und Ihren guten Geschmack

Herrn-Anzüge
 19,50 29,- 49,- 69,- bis 110,-

Herrn-Mäntel
 39,- 59,- 79,- 98,- bis 125,-

hollenkamp
 Halle a. S., Große Ulrichstraße 19

Unerwartet traf uns gestern die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Mitarbeiter

Herr Oberstadtschreiber Friedrich Frenzel

aus dem Leben geschieden ist. Seit vielen Jahren stand er mit unermüdlichem Fleiß im Dienste unserer Straßenbahn und zeichnete sich durch offenen und lauten Charakter aus.

Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren. 2658

Werke der Stadt Halle
 Aktiengesellschaft

KINDERWAGEN
 402.- 68.- 72.-
 Klappwagen
 44.- 40.- 51.-
 vorr. Mod. billig.

PARIS
 81, U. Fichtstr. 2,
 bis Schimpfstr. 2
 (Wohnung Markt)
 Friseurgeschäft
 Zahnarzt Dr. Frenzel

Werb für die „Auto Mille“

Motorräder

Triumph 200 350 500 ccm
 780.- 1090.- 1090.-

Viktoria kompl. hochlig. 200 500 ccm
 895.- 1225.-

Zahrräder
 große Auswahl von Mk. 65,- an
 Bequeme Teilzahlung

Paul Krause
 Geißstraße 39 2064

Für die Frühjahrstour
Ulzerin-Lee
 Das bewährteste Wurstmittelsmittel 1960
Wider-Apothete, Wittenberg

Restaurant „Zum Kyffhäuser“
 Werseburg a. d. S., Steinstraße 14

Der geübten Gimmelpflicht von Werseburg a. Umgegend zur gefälligen Erinnerung, daß wir die Verwaltung obigen Lokals am heutigen Tage übernommen haben. Es wird unser eifriges Bestreben sein, die uns bedenkenden Gäste in jeder Hinsicht auf das Beste zu bedienen. Zinsesondere hatten wir unsere freundschaftlich bereiteten und geräumigen Vereinszimmer den Vereinen und Organisationen bestens empfohlen. Den geübten Wert legen wir darauf, unseren wertigen Gästen für wenig Geld aus Küche und Keller das Beste zu bieten. Zum gefälligen Besuch laden ergebenst ein *605

Erich Eisenhuth und Frau

TRAUER

BRIEF U. KARTEN
 DANKSAGUNGEN LIEFERT SOFORT

PRODUKTIV BUCHDRUCKEREI
 G.M.B.H. ♦ HALLE, LERCHENFELDSTRASSE 14

Dankagung
 Allen denen, die meinem Sohne und unserm Bruder

Kurt Lenz
 das letzte Geleit geben, herzlichsten Dank. Besondere Dank Herrn Borgmann für die tröstlichen Worte, sowie Herr Stiene Wäde und seinen Arbeitskollegen für die fröhliche Unterhaltung.

Halle a. S., den 15. Mai 1930
 Die trauernden Hinterbliebenen

Nur eine Anzeige
 und Sie sind unser ständiger Inferent!

Altkornste Schweine-Labor 105 | Frische Vorderchinken o. Nn. 105 | Ohne Kalb- 110 | Fr. Gehacktes 70 | Ganz Rinder- 125 | Rouladen 130 | Goldgelb gerüch. Kassler Rippen 95 | A. Knäusel
 Altkornste Schweine-Horen 100 | Fr. delikate Schweinehälften 140 | risches Fleisch 110 | Kalbskeule 130 | rischer braten 125 | Brust, Rippe 90 | Allert. gerüchertor Bauchspeck 120 | Simmerbrat
 Prima prima Eisbala, 1 Pfd. 80 | Fr. Schweinebauchfleisch o. N. 75 |



Neuer Unterstütkungsraub kommt!

Glendziffern der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung — Dr. Syrup will weiteren Leistungsabbau

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung veröffentlichte in der „Arbeitszeitschrift“, Nummer 12 vom 25. April 1930, den Bericht über die Reichsanstalt für das Jahr 1929. In einer öffentlichen Preisbesprechung hat der Präsident der Reichsanstalt, Dr. Syrup, einige erläuternde Bemerkungen zu diesem Bericht gemacht, die geradezu zu einer Preisprechung in breiterer Öffentlichkeit herausfordern.

Zunächst wurde festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen Ende April d. J. allein bei den Arbeitssündern noch immer rund 2.937.999 betrug. Die Gesamtheit der Arbeitslosen — einschließlich der Meldungen auf nichtamtlichen Nachweisen — stellt sich damit

auf weit über drei Millionen.

Damit ist der Arbeitsmarkt gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahr mit über 500.000 Arbeitslosen härter belastet! Wir bringen nachstehend die Vergleichszahlen:

	1929	1930
Januar	2.895.893	3.228.957
Februar	3.115.868	3.407.636
März	2.555.094	3.095.457

Hauptunterstützungsempfänger waren am 15. April — 1.859.000 in der Bevölkerung und 302.000 in der Arbeitslosenliste, insgesamt 2.161.000. Rund 1 Million Arbeitslose erhalten also weder Versicherungs- noch Krisenfürsorge.

Trotz der auf Betreiben der Sozialdemokraten eingeführten Beitragserschöpfung auf 3,5 Prozent und der Einbeziehung der Zufälle — 150 Millionen vom Reich, 50 Millionen aus dem Sozialversicherungsträger, 80 Millionen aus dem Lohnsteuerzuschlag — sollen die Einnahmen nur ausreichen, um etwa 1.700.000 Arbeitslose laufend zu unterstützen. Dr. Syrup erklärte ausdrücklich:

„Namhafte Ersparnisse können nur durch Leistungsabbau herbeigeführt werden.“

D. h.: da bei der allgemeinen Wirtschaftslage nicht daran zu denken ist, daß in den nächsten Monaten die Arbeitslosenziffern erheblich herabgehen, soll nach dem Ausdruck des Dr. Syrup

noch weiteren Hunderttausenden die Unterstützung entzogen werden!

Über auch die Unterhaltungsfrage sollen weiter abgebaut werden. Um den neuen Unterhaltungsraub vorzubereiten, unternimmt es Dr. Syrup, die Öffentlichkeit irrezuführen, indem er mit Zahlen über die Höhe der Unterhaltungen operiert, die ein vollkommen falsches Bild über die wirklichen Unterhaltungsätze geben. Er führt u. a. aus:

„Der Gesamtaufwand pro Monat und Kopf eines Hauptunterstützungsempfängers beläuft sich auf 91,16 Mark, der reine Unterhaltungsbeitrag auf 80,88 Mark. Durch die Novelle vom 3. Oktober 1929 ist die reine Unterhaltungsabgabe auf 76,04 Mark pro Kopf und Monat gesenkt worden.“

Wie die Unterhaltungsleistungen in Wirklichkeit aussehen, das zeigt uns die Verteilung der Hauptunterstützungsempfänger auf die einzelnen Lohnklassen im gedruckten Bericht der Reichsanstalt auf Seite 43, die wir nachstehend wiedergeben:

Lohnklasse	männlich	weiblich	insgesamt
1	6.714	8.888	15.602
2	9.130	14.698	23.728
3	15.767	29.845	45.612
4	41.440	47.751	89.191
5	68.046	48.244	116.290
6	104.232	39.916	138.148
7	128.623	16.398	145.021
8	128.703	7.293	136.000
9	107.294	3.391	110.685
10	86.043	1.750	87.793
11	115.802	1.787	117.589
Gesamtzahl	807.794	207.799	1.015.593

Danach erhielten eine wöchentliche Grundunterstützung von 6 bis 13,20 Mark insgesamt 422.569 Personen — 41,6 p. H. aller Hauptunterstützungsempfänger. Eine wöchentliche Grundunterstützung von 14,05 bis 17,85 Mark bezogen 387.642 Hauptunterstützungsempfänger — 38,2 p. H. Und nur 205.882 — 20,2 p. H. kamen in den „Genuß“ der „höchsten“ Unterhaltungsätze von 19,95 bis 22,05 Mark pro Woche.

Selbst wenn man die Zuschlagsunterstützung für Familienangehörige, die pro Familienzusatzangehöriger fünf Prozent beträgt, hinzurechnet, erreichen jenseits 80 Prozent der Unterhaltungsempfänger bei weitem nicht die monatliche Durchschnittsunterstützung des den Angaben des Herrn Dr. Syrup. Nach dem Bericht der Reichsanstalt (S. 43) kamen auf je 100 Hauptunterstützungsempfänger nur 96,8 Zuschlagsempfänger.

Noch gefährlicher ist aber die Behauptung von Dr. Syrup, ein Hauptunterstützungsempfänger koste pro Jahr etwas mehr als 1030 Mark. Herr Dr. Syrup weiß natürlich ebenso wie wir, daß die Versicherungsunterstützung nur 26 Wochen lang ausfällt wird. Selbst wenn man also den von ihm aneigneten Monatsdurchschnittsatz zur Grundlage nimmt, ergibt das eine Gesamtausgabe von nur 406,24 Mark im Jahr für einen Unterhaltungsempfänger. Man muß eben die Einnahmen eines Erwerbslosen recht hoch in der Öffentlichkeit darstellen, damit um so leichter die vom Bericht der Reichsanstalt angelegentlich abbaumaßnahmen durchgeführt werden können.

Um so niedriger werden die Ausgaben für die Verwaltungskosten angegeben. So sagt Herr Dr. Syrup:

„Die gesamten Verwaltungskosten betragen rund 109 Millionen Mark, davon entfallen aber 49 Millionen Mark auf die Kosten der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, so daß die eigentlichen Verwaltungsausgaben nur einen Betrag von 65 Millionen Mark oder 4,2 Prozent der Gesamtausgaben ergeben.“

Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 1.268.723.768,68 Mark. Die Verwaltungskosten von rund 109 Millionen Mark sind für die allgemeine Verwaltung, für die Ausgaben der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung sowie für die Verwaltung der Arbeitslosenversicherung berechnet. Wie hoch sich die Verwaltungskosten für die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit sowie für die Sonder- und Krisenfürsorge belaufen, geht aus dem Bericht nicht hervor. Im Übrigen sind für die Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit nur rund 40 Millionen Mark ausgegeben worden. Ein äußerst geringer Betrag gegenüber den Verwaltungskosten! Es ist aber auch nicht zu

treffen, wenn gesagt wird, daß die Verwaltungskosten für die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung „produktive“ Ausgaben sind. Nach der Praxis auf den Arbeitsämtern wird nicht nur die Stempelkontrolle, sondern in erster Linie die Arbeitsvermittlung dazu ausgenutzt, den Arbeitswillen der Unterhaltungsempfänger zu prüfen. Vom Standpunkt der Unterhaltungsempfänger ist also die Arbeitsvermittlung keineswegs eine „produktive“ Ausgabe seitens der Reichsanstalt. Im übrigen gibt auch der gerade Bericht der Reichsanstalt darüber Auskunft, daß eine vollständige Erparnis „auch auf dem Verwaltungsapparat und dessen Kosten aussehend.“ Er will nur Leistungsabbau für die Erwerbslosen.

Die Erwerbslosen, Männer und Frauen, müssen die Darlegungen des Dr. Syrup als ein Alarmzeichen ansehen, da der Vorstand der Reichsanstalt bereits dabei ist, die neuen Abbaumaßnahmen auszuführen. Verheißene Mobilisation der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter durch die Erwerbslosenvereine und die Komitees zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist ausbleibend, um den neuen Schlag gegen die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu verhindern.

Die Kalikatasrophe im Harz

Ernstste Lage in Bienenburg

Die Erdbewegung ist noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Der große Krater am Harzberg in Bienenburg ist im weiteren Einbruch. Sein Oberrand hat die Höhe des Berges fast erreicht. Man berechnet, daß etwa 200.000 Kubikmeter Erde nötig sind, den Trichter auszufüllen. Heute vormittag entstand

am Vogelsberg ein neuer Einsturztrichter, der den Bahnhöfen der braunschweigischen Strecke berührt. So daß der Verkehr nach Braunschweig unterbrochen werden mußte. Man hofft, heute nacht Ausbesserungsarbeiten vornehmen zu können, so daß die Strecke wieder befahren werden kann. Mit weiteren Einstürzen ist jedoch zu rechnen.

In Schacht 2 hat die Länge die vierte Sohle erreicht, in Schacht 3 steht sie noch tiefer.

Unter Hinzuziehung von Spezialarbeitern verliert man, den Schacht abzugeben. Die Unterirdung in Widdelshaf ist befähigt, daß das Wasser der Erde einen unterirdischen Abfluß gefunden hat.

Die eingetretene Verflechtung der Situation in Bienenburg hat angehalten. Am Schacht 2 und 3 das Wasser immer noch im Steigen begriffen. Es haben sich bedrohliche Anzeichen dafür geltend gemacht, daß jetzt auch Wasser der Erde in die Kalikatschächte

Sammelt für Eure Partei!

Die große Trichter an der Zufahrtstraße zum Schacht hat sich in den letzten 24 Stunden durch weitere Stürze des Erdreiches erheblich vergrößert und hat jetzt einen ungefähren Durchmesser von hundert Meter bei gleicher Tiefe. Neuerdings schießt aus einer Seitenwand, ein zwar nach der Oberfläche zu, ein dicker Wasserstrahl heraus.

Zum Polizeiberfall auf die Leipziger oppositionellen „Naturfreunde“

Fleisner als Kommiss der sozialfaschistischen Sportbürokratie

Nun erst recht heraus zum Reichstreffen der roten Arbeiterportier in Erfurt!

Wie wir bereits meldeten, wurde kürzlich die in den Leipziger „Kritikallisten“ tagende Versammlung der oppositionellen Naturfreunde, die sich mit Vorzügen innerhalb der Sportverbände, insbesondere dem „Leipziger Verein „Naturfreunde“ befaßt, von fleisner-Polizisten überfallen. Der Überfall ereignete sich kurz vor Beendigung der Versammlung. Die fleisner-Polizisten stürzten den Versammlungsraum und forschten alle Versammlungsteilnehmer, mit Ausnahme der anwesenden Chemiker Jugendgruppen, auf (es handelt sich hierbei um die Sturmbrigade des KPD, Chemnitz, die kurz vor Schluß der Versammlung erschien, um für den KPD zu werben), sofort den Saal zu verlassen. Die Polizisten bildeten eine Kette und verlangten am Ausgang von jedem Teilnehmer Personalausweise.

Dieser Überfall auf die oppositionellen Arbeiterportier wurde von dem Sozialdemokraten fleisner in der Zeitung und im Munde mit der sozialfaschistischen Führung der bundesstreuen Sportverbände, befaßte sich doch die öffentliche Versammlung mit dem Spaltensure der reformistischen Verbände. Genosse Brequell a Chemnitz hielt das Referat über die Lage im Bundesinsbesondere aber über die Vorgänge im 5. Bezirk (Chemnitz) und schilderte an Hand von Hunderten von Beispielen, wie die bürgerlichen Mittelien die Spaltung bedingt von der Sozialdemokratie durchgeführt wird. Reichsdeutsches betrafen die Sozialdemokraten im Bund mit einigen Renegaten der Bund der Studenten und leiteten die oppositionellen Elemente aus dem Bund aus. Mit dem Appell, sich selbst am Reichstreffen zu beteiligen, wurde die Teilnahme, bedingte Genosse Brequell das Referat.

An der Diskussion trafen sich alle Redner für die revolutionäre Einheit der Arbeiterportierbewegung aus die nachfolgende Resolution wurde gegen eine Stimme eines Renegaten, der aber zu feig war, seine Meinung zu vertreten, angenommen:

Ein 79-jähriger ins Zuchthaus geschickt

Wie streng das bürgerliche Klassenrecht gegen Arbeiter urteilen kann, wie wenig die Klassenrichter die sozialen Motive der Straftaten beachten, das hat uns erneut eine Verhandlung vor dem Magdeburger Schöffengericht gelehrt.

Angeklagt war ein 79 Jahre alter Mann aus Magdeburg, der von einem Klempnerlehrling Leibschalle gestohlen hatte. Diese hatte der Lehrling seinem Meister entwendet. Es handelte sich um „kleine“ Mengen. Im Jahre 1926 hatte der Greis für 1,50 Mark, im Jahre 1928 für 2,40 Mark und im September 1929 für 2 Mark diebstahlfähig. Offenbar hat er das zu nichts aber darauf hin, daß er eine monatliche Rente von 500 und freizeitlich 27,10 Mark erhalte und deshalb darauf angewiesen sei, noch irgend etwas zum Lebensunterhalt beizubringen, besonders, da seine Frau schon 16 Jahre auf dem Krankenlager liegend.

Die Not trieb ihn also dazu, nebenbei mit Metall zu handeln. Dieser Handel mit dem Juwelen brachte ihm ganze zwei Mark ein.

Und dafür wird er jetzt auf ein Jahr in das Zuchthaus geschickt!

Man freudet ihm an, daß er 1907 und 1922 schon wegen geringfügiger Gegenstände wegen Schleicherei bestraft worden ist. Daß der Greis nur aus Not handelte, daß eigentlich der Staat, der den Alten mit solcher Hungerrente absperrt, auf die Anklagebank gehört, daran dachte der Staatsanwalt und der hohe Gerichtshof seinen Augenblick. Der Beschläde ist maßgebend, besonders wenn es sich um Kleinstes handelt. Einiges Jurist und zwar Regierungsrat Mann können dagegen sagen. Auch gegen diese Art Justizterror muß sich der Kampf der Arbeiter richten.

Messungen haben ergeben, daß dieser Zufuß sich gerade in Höhe des Oberflusses befindet. Der Boden des Trichters bildet einen fortwährend in Bewegung befindlichen Grund, in dem die herabfallenden Körner fortwährend verschwinden. Wegen dieser neuen Entdeckungen ist die Bahnanlage der Hauptstrecke aber vorläufig noch nicht wieder gefährdet, die Jüge haben aber mit stark verringertem Geschwindigkeit.

Auf Schacht 3 sind die für die Sicherheitsmaßnahmen eingeleiteten Arbeiten etwa bis zur vierten Sohle eingetragenen und haben festgestellt, daß

das Wasser in den tieferen Schichten langsam weiter fließt. Die Rettungsarbeiten auf Schacht 3 werden aber vorläufig dadurch nicht getürt. Die Senkung des Grundwassers in der ganzen Gegend macht sich ziemlich fühlbar, so daß hier bereits eine Absperrung eingeworfen, ihren Betrieb einzustellen, da ihr das notwendige Wasser fehlt.“

Hörning blöde!

Der Reichsbannergeneral sprach in Braunschweig vor dem Rest der Unentwegten, Marke Unbelehnt.

Nur ein paar Sätze aus der Witzsammlung Hörnings, die er „Referat“ nennt:

„Die albernsten Kommunisten müssen ihre Hände immer in den Taschen stecken lassen, in dem die Männer der Rechten ihre Hände bereits drin hatten.“

Hörning dachte wahrscheinlich an seine Freunde Sklarek, Schneider, Kohl, Bröckel u. a.

„In Deutschland schlagen Kommunisten Polizisten nieder, in Rußland aber nicht, weil sie es für sich selbst, bei einem Schyman nicht anseht.“ (Zitiert aus dem „Kampfbund“)

Soll man gegen Blödsinn polemisieren? Nein. Es genügt, das Niveau dieser Bonzen und derjenigen, die sich, so etwas bieten lassen, festzustellen!

„Die am 12. Mai tagende öffentliche Protestversammlung der Leipziger Naturfreunde erklärt sich festlich mit den ausgetragenen Geistes des 5. Bezirks sowie denjenigen in den anderen Gauen. Sie erklären, den härtesten Kampf für die Herstellung der Einheit zu führen und zu diesem Zwecke vor allem die Beteiligung am Reichstreffen der roten Sportler zu Wingen in Erfurt zu forcieren und in allen Abteilungen die Wahl von Delegierten zur Reichskonferenz der Naturfreunde am 9. Juni in Erfurt vorzunehmen.“

Es ist selbstverständlich, daß den Sozialfaschisten die revolutionäre Einheit der Arbeiterportierbewegung nicht paßt und da die brutalen Methoden der Ausschüsse und des Bruchs aller Statuten nicht mehr genügen, muß eben die fleisner-Polizei, muß eben der faschistische Schutzapparat, kommandiert von einem „linken“ Sozialdemokraten, der Sportbürokratie helfen. In trauter Einheitsfront finden sich wieder einmal die gelamte bürgerliche Presse, und die „linken“ Sozialfaschisten, die sogar den Staatsapparat gegen die roten Arbeiterportierbewegung aufbieten.

Aber diese Terrormethoden können die wachsende revolutionäre Einheit der Arbeiterportierbewegung nicht eindämmen. In allen Betrieben und Stempelstellen, in allen Massenorganisationen rüft man zum Reichstreffen der roten Sportler.

Jetzt erst recht wählt überall Delegierte in den Betrieben und Stempelstellen, in den Massenorganisationen.

Gestaltet den Reichskongress der roten Arbeiterportier und das Reichstreffen in Erfurt zu einem maßvollen Aufmarsch der revolutionären Arbeiterklasse!

„Die Arbeiterportier sind Soldaten der proletarischen Revolution!“

Weitere Reichsbahn-Wahlergebnisse

(Fig. Bericht.) Frankfurt a. M., 15. Mai.
Die Betriebsratswahl bei der Eisenbahn brachte der revolutionären Opposition auf dem Hauptpersonnenbahnhof (Gesamtwahlberechtigung) in Frankfurt a. M. einen großen Erfolg. Von 278 Wahlberechtigten nahmen 262 an der Wahl teil. Die Stimmen und Mandate verteilten sich wie folgt:

Opposition	167	5 Mandate (bisher 0)
Reformisten	29	— Mandat (bisher 5)
Hirsh-Dünder	66	2 Mandate (bisher 2)

Reichsbahnausbesserungswerk Götz:

Revolutionäre Opposition	514	Stimmen
U.G.B.	95	Stimmen
Einheitsverband	95	Stimmen
GdE.	5	Stimmen

Reichsbahnausbesserungswerk Dpladen:

Revolutionäre Opposition	550	(564)
Reformisten	284	(776)
Hirsh und Christl	346	(529)

Bayern

RM, München-Hauptbahnhof:
Wahlberechtigte 604, abgegebene Stimmen 558, ungültig 2.
Revolutionäre Opposition 290 5 Betriebsräte
Reformistischer Einheitsverband 137 2 Betriebsräte
Christl 129 2 Betriebsräte

Württemberg

RM, Stuttgart-Nord:

Opposition (örtl. Bez. u. Hauptbetriebsrat)	102	St. 2	Sitze
Einheitsverband (örtl.)	176	St. 5	Sitze

Einheitsverband (Bez. u. Hauptbetriebsrat) 184 St.
GdE. 11 St.

RM, Cannstatt:

Opposition	220	Stimmen
Einheitsverband	636	Stimmen
Christl	84	Stimmen
Industrieverband	15	Stimmen

Schlesien

(Die in Klammern gesetzten Ziffern sind Resultate des Vorjahres)

Dolomiten-Werstatt Gleiwitz:

Revolutionäre Opposition	610	Stimmen, 9	Sitze
Einheitsverband	61	Stimmen, 0	Sitze
Allgem. Eisenbahnerverband	51	Stimmen, 0	Sitze
Gewerkschaft der Eisenbahner	134	Stimmen, 2	Sitze

Wagen-Werstatt Gleiwitz:

Revolutionäre Opposition	461	Stimmen
Allgem. Eisenbahnerverband	359	Stimmen
Gewerkschaft der Eisenbahner	261	Stimmen
Einheitsverband	335	Stimmen

Eisenbahnerwerstatt Dels:

Revolutionäre Opposition	284	Stimmen, 2	Sitze
Einheitsverband	883	Stimmen, 8	Sitze*
Gewerkschaft der Eisenbahner	144	Stimmen, 1	Sitze
Allgem. Eisenbahnerverband	62	Stimmen, 0	Sitze

Aus dem Bezirk Breslau ist folgendes noch unvollständiges Resultat bekannt:

Revolutionäre Opposition	2 450	(1 851)
Einheitsverband	11 116	(4 531)
U.G.B. (Hirsh)	1 657	(1 850)
GdE. (Christl)	2 149	(2 179)

* 2 Sitze verloren.

Macdonalds weiße Banden haften in Scholapur

London, 15. Mai.

In Scholapur wird der Kriegszustand mit der größten Strenge gehandhabt. Gestern abend wurden 200 Personen verhaftet, die sich später, als in der Verordnung erlaubt, auf die Straße gewagt hatten.

Eine Massenflucht aus der Stadt hat eingesehrt.

Alle Züge sind überfüllt. Durch Befehl des englischen Militärkommandos ist das Aushängen von Nationalflaggen und anderen Emblemen sowie Handlungen, die die öffentliche Sicherheit gefährden, bzw. die Truppentransporte verhindern, streng verboten. Für Verstöße gegen diese Verordnung wird mit dem Kriegsergeris droht.

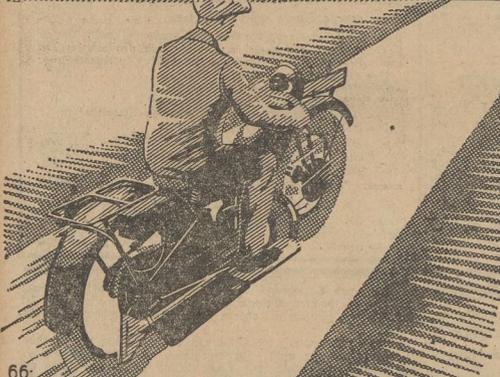
Die Stadt ist von 1800 englischen Infanteriesoldaten besetzt.

Die Straßen werden mit Militär überfüllten Lastautos durchstreift. Jeder Soldat führt einen langen Stab mit einem Haken mit, mit dem den Passanten die sogenannten Gandhi-Wägen vom Kopf gezogen werden. Das Tragen einer derartigen Kopfbedeckung gilt als Beleidigung. Die Polizei dringt ohne weiteres in die Häuser ein, die ihr verdächtig erscheinen und beschlagnahmt die Waffen.

Der gesamte Betriebsrat geht geschlossen zur KPD.

Die Belegschaft des Betriebes Dertlinghaus in Remscheid führte kürzlich unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition einen siegreichen Kampf gegen Überstunden und Lohnabbau. In einer Belegschaftsversammlung nahm sie einen Bericht vom Parteitag der KPD, die Arbeiter entgegen. Unter dem Eindruck, daß alle tagelohnenden Arbeiter an der Durchführung der vom Parteitag der KPD gestellten Aufgaben mitarbeiten müssen, erklärte der gesamte Betriebsrat seinen Eintritt in die kommunistische Partei. Ferner wurden in der Versammlung Nebenabkommen für die kommunizistische Presse gewonnen.

Später aufstehen und doch pünktlich sein durch



BESICHTIGEN SIE DIE NEUEN MODELLE BEIM NÄCHSTEN VERTRETER - GÜNSTIGE RATENZAHLUNGEN VERKAUFGEMEINSCHAFT NSU WANDERER NSU VEREINIGTE FAHRZEUGWERKE AG NECKARSULM (WÜRTTEMBERG)



Dieser naturfrische reine Duft

läßt sofort erkennen, daß „Rama im Blauband“ ein wahrhaft edles Naturprodukt ist.

Jede Hausfrau verwendet in der Küche ein festes, reines Speisefett, z. B. geläutertes Rinderfett oder echtes Schmalz oder Palmin, verwendet eins der flüssigen, goldklaren Speiseöle, mit denen man Salate anrichtet, verwendet Milch, Hühnereigel und Salz - ja, und solche Naturstoffe, in edelster Auswahl, bilden die wesentlichen Bestandteile unseres „Rama im Blauband“, die an Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit mit der Butter erfolgreich wetteifert.

Da ist nichts Chemisches, nichts Künstliches - da ist vollkommener Genuß und gleicher Nährwert fürs halbe Geld.

MARGARINE

Rama im Blauband

doppelt so gut

1 Pfd 50 Pfg mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

Billige Zigarren!

Liberia hat 8 Pf nur 7 Pf, 10 Stück 65 Pf.
Paladin hat 12 Pf, nur 10 Pf, 10 Stück 95 Pf.

Paul Fest, Wittenberg
Züdenstraße 30 *700

Volkbuchhandlung Wittenberg

Züdenstraße 10 empfiehlt politische und schulpflichtige

Literatur

Schul- und Schreibwaren

Einziges deutsches Verlagsunternehmen für die Druckindustrie u. Infanterie



Werttätige in Stadt u. Land!

Über Versicherungsunternehmen, die Volkswirtschaftlich-Gesellschaftliche Versicherungsunternehmen sind die

größte Volksversicherungsgesellschaft in Deutschland

Günstige Versicherungsbedingungen! Hohe Gewinnaufteilung!

Bei Unfall und doppelter Versicherungssumme! Arbeiter, Angestellte und Beamte

versichern sich und ihre Angehörigen nur bei dem eigenen Unternehmen, der

Volksfürsorge

Auskunft erteilt gegen Materialversand kostenlos die Rechnungsstelle in Halle, Postfach 42, Zimmer 36, und der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, Altonaer Platz 5/6

TRINKT KONSUM KAFFEE MILCH

SPEZIAL-MISCHUNG 1/4 Pfd.	-65
KONSUM-MISCHUNG 1/4 Pfd.	-80
FEINSTE-MISCHUNG 1/4 Pfd.	7.22
PERL-KAFFEE 1/4 Pfd.	-95
EDEL-AUFLÖSE 1/4 Pfd.	7.22

ALLGEMEINER KONSUMVEREIN

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Anhebungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft, Halle, Berkaerstraße 14. Fernruf: 210 45 (Abd.); 210 47 (Berltag).

Mit der „Klassenkampf“-Zahlung
Der Rote Stern

Abzugspreis: 15 Pf. für den am Höhe und Spalte; 1 Pf. im Textfeld. Bankkonten: Kreiskont. des Sozialtreffes Halle; Commerz- und Privatbank Halle. Verlagskonten: Bsp. 24 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Südharzdruck G. m. b. H., Halle, Verlagsstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Freitag, 16. Mai 1930

10. Jahrgang * Nr. 114

Sowjets herrschten in Scholapur

Die erste Sowjetmacht in Indien — Durch Macdonalds Maschinengewehre im Kampfe gestürzt
Aber dennoch Wegweiser der großen indischen Revolution

(Eig. Drahtf.) Bombay, 14. Mai.

Nach den Meldungen aus Scholapur haben die Russen in der Stadt die anglo-indischen Behörden abgesetzt und eine Sowjetregierung gebildet. Die Organe dieser Regierung wurden in einer Delegiertenversammlung von Arbeitern, Bauern, Intellektuellen und Soldaten gewählt.

Die revolutionäre Regierung hat eine eigene Polizeitruppe aus bewaffneten Arbeitern gebildet. Die offizielle Polizei wurde entwaffnet.

Zunächst wurde die Stadt von den englischen Truppen besetzt. Das Stadtbüro wird mit russischen Soldaten besetzt. Alle Straßenkreuzungen und wichtigen Gebäude sind von starken Patrouillen und Maschinengewehren besetzt. Jeder Mensch, der die Straße betritt, wird ohne Warnung niedergeschossen.

Der Aufstand in Scholapur ist das bedeutendste Ereignis

der indischen Revolution. Scholapur ist eine reine Arbeiterstadt. Die Textilarbeiter sind in ihrer großen Mehrheit im revolutionären Textilarbeiterverband organisiert.

Nach einem heldenhaften Kampf haben die Textilarbeiter von Scholapur die Soldateska Macdonalds in die Flucht geschlagen und die Stadt in ihre Gewalt gebracht. Sie haben zum ersten Male in der Geschichte der indischen Revolution eine Sowjetregierung gebildet.

Die Sowjetregierung von Scholapur nimmt das historische Ziel der indischen Revolution vorweg. Das Beispiel von Scholapur wird den revolutionären Kampf der werktätigen Massen in Indien gewaltig befähigen.

Unseren begeistertsten Gruß den Helden von Scholapur!

Die Ergebnisse der Reichsbahnwahlen

Halle, 16. Mai.

Die Betriebsrätewahlen bei Reichsbahn und Reichspost, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, bilden den Abschluß der Wahlkampagne zu den Betriebsräten, die mit den Wahlen der chemischen Industrie eröffnet wurden. Um das Ergebnis kurz vorweg zu nehmen: wenn wir bei den Betriebswahlen trotz vieler Mißerfolge (wie vor allem im Leuna-Werk) immerhin imhinein politischen Fortschritt zu machen, wenn wir bei den Wahlen im Bergbau immerhin an einzelnen Punkten bahnbrechende Erfolge erzielen konnten, die die großen Möglichkeiten, die in anderen Betrieben verjährt wurden, beleuchteten, so müssen wir das Ergebnis der Reichsbahnwahlen in unserem Bezirk im Gegensatz zu den guten Ergebnissen im Reich

als ein durchaus unbefriedigendes bezeichnen.

Wir haben nur in dem einen Reichsbahnabzweigungs- und in der Halle eine dritte rote Liste aufstellen können und mit ihr einen immerhin beträchtlichen Erfolg erzielt. Wir haben auch an zahlreichen anderen Dienststellen für den Bezirks- und Hauptbetriebsrat Stimmenergebnisse erhalten, die beweisen, daß die Sympathien großer Massen der Eisenbahner mit uns sind.

Aber wir haben an all diesen Punkten — darunter solche, wo wir bei den Hauptbetriebsratswahlen die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen für uns verzeichnen konnten (!), keine dritte rote Liste gehabt, die Linie des konsequenten Klassenkampfes wurde vor diesen Punkten

in keiner konkreten Form aufgezeigt.

Am traurigsten ist der Fall der Bohmemeiße 5, wo wir bei der Hauptbetriebsratswahl (wie an zahlreichen anderen Dienststellen) die absolute Mehrheit erzielt, wo die freigewerkschaftlichen Betriebsräte Mitglieder der kommunistischen Partei sind, — wo aber im wesentlichen an ihrem Widerstande

Landtag verhandelt über Mansfeld-Kraub

Antrag der KPD-Fraktion für Siebenstundentag — Deutschnationale und Gelbe für 15 Prozent Lohnreduzierung und 7,5 Millionen Staatssubventionen

Am heutigen Landtag wurde vorgelesen der folgende Antrag eingereicht:

Antrag

Schwenk, Schlaag und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion

Im Hinblick auf die sanitätlichen Nationalisierungsmaßnahmen im Mansfelder Kupfersteinschmelz- und Hüttenbetriebe, hat sich die soziale Lage und der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung des Mansfelder Landes gewaltig verschlechtert.

Die Hauptursachen der immer weiteren Verelendung sind lange Arbeitszeit, niedrige Löhne sowie die große Arbeitslosigkeit in Folge der Stilllegung von Schmelz- und Hüttenbetrieben. Viel Arbeit ist ungenutzt und fallen den Gemeinden zur Last, die unter den schlechtesten finanziellen Verhältnissen zusammenbrechen müssen. Trotz Zuwendungen staatlicher Subventionen auf Kosten der Steuerzahler an die Mansfeld U.G. sind in den letzten Wochen rund 1000 Bergarbeiter entlassen worden. Weitere Entlassungen stehen bevor.

Bei den Verzehr- und Förderern ist Anfang Mai eine 12prozentige Lohnreduzierung durchgeführt worden und den auswärts wohnenden Arbeitern die Beförderungsstellen von und zur Arbeitsstelle in Höhe von einer Reichsmark aufzulegen.

Alle diese Maßnahmen durch die Mansfeld U.G. bedeuten einen unerhörten Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse und deren Familien.

Um dieselben vor der weiteren Massenverelendung und der unerhörten Ausbeutung zu schützen, wolle der Landtag beschließen:

Das Staatsministerium wird beantragt, unverzüglich bei der Reichsregierung dahin zu wirken, um

1. die Entlassungen und Lohnreduzierungen zu verhindern;
2. zu veranlassen, daß über Lage die Siebenstundenschicht und unter Lage die Sechsstundenschicht eingeführt wird.

Die kommunistische Landtagsfraktion ist sich durchaus darüber klar, daß

der Angriff der Mansfeld U.G. nur durch die Mansfeld-Proleten abgewehrt werden kann.

Sie hat deshalb in ihrem Antrag nicht, wie die Sozialdemokratie es tat, an die bürgerliche Regierung appelliert, die Mansfeld U.G. „ohne wesentliche Lohnreduzierungen“ zu reiten, sondern hat die Forderungen formuliert, um die die Mansfeld-Proleten kämpfen müssen.

Die getriggerte „Saale-Zeitung“ bringt eine Notiz, wonach im Landtag „Kraus“ und Angehörige der Betriebsräte der Mansfeld U.G. erschienen und sich „vor einem für diesen Fall zusammenberufenen Ausschuß“ dafür ausgesprochen haben, daß

„der am 22. Mai zu fallende Schiedspruch der beantragten Lohnkürzung von 15 Prozent zustimmt!“

Außerdem haben sie noch — da die Ausbeuter auf diesem Wege „nur“ 4,5 Millionen jährlich einsparen könnten, sich für Staatssubventionen in der Höhe von 7,5 Millionen Mark ausgesprochen und dafür auch die deutschnationale Landtagsfraktion „genommen“, die einen dahingehenden Antrag bereits eingebracht hat. Offensichtlich handelt es sich um die Gelben, die hier ihre Aufgabe als ausgefallene Unternehmerlaternen pflichtgemäß ausführen.

Die Mansfeld-Proleten werden mit diesem korrupten Vätergeldlicher rüchstlos abrechnen und den Ausbeutern und ihren Anhängern zum Trotz den Kampf organisieren gegen jede Entlassung, gegen jede Lohnreduzierung; für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich!

Am Dienstag, dem 20. Mai, 16 Uhr, steht im Landtagsauschuss an Hand des deutschnationalen Antrages die Stilllegung der Mansfeld U.G. zur Verhandlung. Es wird von jeder



Die Delegiertenversammlung wurde außerdem das neueste Sehflugblatt der Bergholz und Franken, das bereits vor einigen Tagen im „Klassenkampf“ besprochen wurde, unterbreitet. In diesem Sammelheft von Lügen wird auch die von Lügen-Peters über die Auswirkungen der russischen Aufgabe auf die Löhne der Arbeiter von Wesseln & Hübner verbreitete Schwindelei wiederholt. Die Delegiertenversammlung nahm mit Enttäuschung die Verleumdungsbildung, der immer noch fortgesetzt wird, Stellung und stimmte dann einstimmig einer weiteren Resolution zu, die folgenden Wortlaut hatte:

Magdeburg & Werther

& Hübner gegen sozialfaschistische Streikfrachtpolitik und beschließt Solidaritätsaktion mit Magdeburg & Werther

„Die Versammlung brandmarkt auf das schärfste den neuen Versuch der SPD, in einem Flugblatt im Feiner Revier, einen Affordabzug bei Wegelin & Hübner zur Sache gegen die Sowjetunion zu misshandeln. Die SPD-Bürokratie hat den Streik gegen die Affordabzug verhindert. Sie trägt die Mitschuld an der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei Wegelin & Hübner, sie will diese ihre Schuld jetzt durch eine schändliche Sache gegen die Sowjetunion wettmachen.“

Am Anschlag an die Förderung der Arbeitseigenheit und Affordabzug in einzelnen Abteilungen wurde auch der Streik der Eisenbahner bei Magdeburg & Werther zur Sprache gebracht, und zur härteren Solidarität mit den streikenden Kollegen aufgefordert. Insbesondere soll scharf kontrolliert werden, ob nicht neue Gekaufträge, die jetzt eventuell einzelnen Firmen ausgeben, in Wirklichkeit Streikarbeit von Magdeburg & Werther sind.

Die Delegiertenversammlung betonte, daß sie die Solidaritäts- und Sammelaktion der Wegelin & Hübner der Eisenbahner bei Magdeburg & Werther als glänzendes Beispiel proletarischer Hilfe bezeichnen. Sie schloß sich dieser Solidaritätsbewegung an und beauftragte die roten Betriebsräte, sofort durch den Gesamtbetriebsrat eine offizielle Delegiertenversammlung für Wegelin & Hübner zu veranstalten, um für den Streik bei Magdeburg & Werther, zu der Verschickung von Streikarbeit, zur Sammlung für den Streikfonds und zur härtesten Solidarität Stellung zu nehmen.

Die Streikfrachtpolitik der sozialfaschistischen Bürokratie, die auch diesen Kampf verfaulen und abbrechen will, muß von den Delegierten der Großbetriebe mit energischen Maßnahmen durcheinandertreiben. Auch dieser Beschluß wurde von der Delegiertenversammlung einstimmig gefaßt. Der rote Betriebsrat übernahm es, im Sinne dieses Beschlusses sofort vorzugehen.